

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährlich . . . 96.-
jährlich . . . 192.-

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung der Retourmarke.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 23. Jänner 1923.

Nr. 17.

Die Aktion des Justizministers.

Die Sonntagsausgabe unseres Blattes ist dem Zensur zum Opfer gefallen. Unsere Leser werden aus der ihnen nachträglich zugestellten Ausgabe erfahren, wie er darin gewütet hat. Von den diesen skandalösen Zensurbeschlüssen, die sich die aus dem altösterreichischen reaktionären Misthaufen herübergerettete und wieder üppig gewordene Zensur seit langem leistete, ist diese die skandalöseste. Der Artikel, dessen größter Teil dem Notizblatt des Staatsanwaltes verfiel, hatte zum Inhalt eine Besprechung des Verlaufes und des Schuldanspruches im Prozesse gegen Dr. Baeran. Von dem Artikel ist nichts stehen geblieben, als die Stelle, welche die Verurteilung Baerans feststellt, dann jene, welche seine Person und politische Tätigkeit besprechen und schließlich ein Passus, welcher dem Pressburger Regierungsblatt gewidmet war, das während des Prozesses die Geschworenen zur Verurteilung Baerans aufgefordert hatte, ohne vom Staatsanwalt konfisziert zu werden. Was wir über den Prozeß und das Urteil zu sagen hatten, wurde vom Zensur bis auf das letzte Wort ausgefittigt!

Es darf also über den Prozeß, der zwei Wochen lang die Öffentlichkeit beschäftigte, nicht ein Wort geschrieben werden. Nicht die ernsteste und sachlichste Kritik darf darüber noch den Mund aufstun! Der Gegensatz in der zweierlei Behandlung der Presse springt in die Augen: das Pressburger Regierungsblatt, die „B. J. am Abend“, durfte — entgegen den Bestimmungen der Strafprozessordnung — ungestrukt den Kopf Baerans fordern, weil dieser „ein Feind des Staates ist“, alle anderen Zeitungen aber verfielen der Beschlagnahme, wenn sie von der in der Verfassung gewährleisteten Freiheit der Meinungsäußerung Gebrauch machten und zu dem Prozeß Stellung nahmen. Das Schicksal der Beschlagnahme teilten bisher mit uns nämlich folgende Blätter: die „Bohemia“, die „Reichenberger Zeitung“, der „Brüner Tagesbote“, das „Nordböhmische Tagblatt“ und die kommunistische „Rouost“. Diese Serie der Konfiskationen zeigt, wie gründlich die Zensur auf die Ausmerzungen jedes Wortes über den zum Nährmischicht erklärten Prozeß bedacht ist. Baeran ist verurteilt, das hat die Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen. Im übrigen hat sie und die Publizistik ganz im Sinne der im Staate geltenden Freiheit das Maul zu halten!

Das ist nun allerdings eine Auslegung der gerühmten Freiheiten in diesem Staate, die, gelinde gesagt, Entsetzungen wecken muß. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß unsere Betrachtungen über den Prozeß durchaus ernst waren, daß sie nirgends und auch mit keiner Silbe das selbst früher in Oesterreich übliche Maß von Pressefreiheit überstiegen, und daß wir von dem Verdachte, etwa einseitig Baerans Partei ergriffen zu haben, von vornherein befreit sind. Aber wir stehen im Staate bei der Handhabung der Pressezensur heute dort, wo die Zensur in Oesterreich in den neunziger Jahren gestanden ist: bei der völligen Vogelfreiheit der Zeitungen, die dem Zensur auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind! Die systematische und restlose Ausfittigung auch der ruhigsten Betrachtung über den Prozeß, wie sie unser Blatt erfahren hat, mußte eigentlich die ganze politische Öffentlichkeit in Bewegung setzen, denn sie ist nicht nur eine Schande für die Demokratie, sie macht auch jedwede Besprechung von Hebelständen im Staate unmöglich und ist geeignet, jede Gegenwehr gegen ein Unrecht, wie auch jede Fortentwicklung und Behebung bedenklicher Zustände zu verhindern. Das bedeutet die Verfallung, Verfallung, Verfallung jeder Entwicklung, das bedeutet die Etablierung des Chinesentums, die Verewigung aller ungeheuren Erscheinungen im politischen und Rechtsleben des Staates.

Es sind erst wenige Wochen her, daß ein Minister in das Gebetbuch bei der Prager

Schärfster Abwehrkampf der Arbeiterschaft.

Die Streiks entbrennen auf der ganzen Linie. — Einkellung der Kohlenzüge fährt auf dem Rhein.

Berlin, 22. Jänner. (Eigenbericht.) Der Abwehrkampf der Arbeiterorganisationen gegen die französische Invasion ins Ruhrgebiet hat auf der ganzen Linie eingesetzt. Die Leitungen der Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenverbände haben die Forderung der Bergarbeiter nach Freigabe der Bergwerke, Zurückziehung der Truppen, und Entlassung der festgenommenen Personen gebilligt. Eine Konferenz der rheinischen Maschinisten hat beschlossen, die Kohlenschiffahrt auf dem Rhein stillzulegen. Der Hauptverband ist diesem Beschlusse beigetreten. Da Stromunkundige zur Rheinschiffahrt nicht verwendet werden können, hat damit der Wasserverkehr mit Ruhrkohle aufgehört. Auf einigen Fischen wird gestreikt, auf den staatlichen Gruben sind die Bergleute zwar eingefahren, fördern aber nicht. Die Dortmunder Eisenbahner waren in den Streik getreten, weil sich die Franzosen Eingriffe erlaubt hatten. Die Schnellzüge mußten daher am Dortmund herumgeleitet werden. Nunmehr wurde der Streik eingestellt, nachdem sich die Franzosen zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt haben:

1. In den Stillwerken werden keine französischen Posten gebildet.
2. Auf den Bahnhöfen werden Wachen gegen Empfang von Lebensmitteln zugelassen.
3. Aufstellungen des Seitengewehrs ist den Truppen verboten.
4. Truppentransporte werden nicht durchgeführt.
5. Kohlenzüge werden nicht umgeleitet.
6. Es dürfen keine weiteren Verhaftungen erfolgen.

In das Innere Deutschlands verkehren regelmäßig Kohlenzüge, in das französische Gebiet werden keine Kohlen transportiert.

Die Transportarbeiter des Duisburger Hafens beschloßen, für die Entente keinerlei Transporte durchzuführen.

Konferenzen der freien Gewerkschaften des Rheinlandes und der sozialdemokratischen Vertrauensleute von Rheinland-Westfalen nahmen scharf gegen den Rechtsbruch Frankreichs Stellung und traten für den schärfsten Abwehrkampf ein. Die freien Gewerkschaften betonten die Einigkeit von Arbeitern, Angestellten und Beamten und die Wichtigkeit des Kampfes für die Erhaltung der deutschen Republik.

Kein Waggon Kohle nach Frankreich!

Berlin, 22. Jänner. (Eigenbericht.) Wenn die Arbeiterschaft des Ruhrreviers den Generalstreik noch nicht begonnen hat, sondern vorläufig in passiver Resistenz verharrt, so geschieht das aus Rücksicht auf das übrige Reich, dessen Industrie man, solange als möglich, nicht stilllegen will. Doch wird während der Dauer der Besetzung kein Waggon Kohle nach Frankreich oder Belgien abgehen. Die Franzosen haben durch ihre bisherigen Maßnahmen nur erreicht, daß sich eine Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet hat. Sie versuchen den Arbeitern immer noch einzureden, daß die Ver-

setzung nicht ihnen gelte, aber die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Die deutschen Arbeiter sind nicht gewillt, irgendwelchem Militär zu gehorchen. Bei den kommandierenden Generalen scheint die Erkenntnis, daß der Einmarsch eine verfehlte Maßnahme war, durchzubringen. Nur in Paris will man nichts einsehen und droht mit härterem Vorgehen. Auch das wird jedoch am Widerstand der deutschen Arbeiter scheitern.

Der Weltkrieg.

Berlin, 21. Jänner. Wie die Blätter berichten, hat der Verein der Eisen- und Stahlindustriellen in einer Hauptvorstandssitzung beschlossen, keinerlei Geschäftsbeziehungen mehr zu Frankreich und Belgien aufrechtzuerhalten. Die Lieferverträge für die Erze sind von den Eisenerzwerken gelündigt und sogar die Abnahme der angelieferten Erzmengen verweigert worden. Außerdem wollen die Vertreter der deutschen Industrie von Frankreich, Belgien und dem mit Belgien durch Zollunion verbundenen Luxemburg weder Rohstoffe noch andere Eisen- und Stahlwaren beziehen.

Barbarische Pläne.

Der Hungertod fürs Ruhrland, wenn es nicht pariert!

Die „Prager Presse“ läßt sich von ihrem Pariser Mitarbeiter die folgende schier ungläubliche Mitteilung drahten, die aber dennoch wahr zu sein scheint, weil sie aus so offizieller Quelle stammt: Die französischen Blätter erklären, etwaige Streiks im Ruhrgebiet würden mit scharfen Gegenmaßnahmen beantwortet werden. „Echo de Paris“ erklärt, daß zunächst einmal die preussischen Beamten vom linken Rheinufer und aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen würden. Der Reichskommissar bei der internationalen Rheinlandkommission würde an den Beratungen nicht weiter teilnehmen dürfen. Ferner würde eine vollständige Isolierung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland durchgeführt werden. Es würde eine Jollinie errichtet werden. Damit würde man einen Druck auf Deutschland ausüben und würde auch die Bewohner des Ruhrgebietes vor die Alternative stellen, entweder die Arbeit in vollem Umfang wieder aufzunehmen oder der Zufuhr von Lebensmitteln beraubt zu werden. Würde die Arbeit wieder aufgenommen werden, so sei das Nötige vorgesehen worden, um Lebensmittel aus Antwerpen, Rotterdam und aus Frankreich selbst in das Ruhrgebiet zu schaffen.“ Poincarés „friedliche Mittel“ enthüllen sich damit als eine barbarische Niedertracht, die noch die Modade des Weltkrieges übertrumpft. Denn damals konnte man die Kriegsmethoden der Deutschen nicht als Entschuldigung auführen, diesmal aber steigert man den Raub durch mittelalterliche Folterqualen für eine friedliche Bevölkerung, die sich nur nicht vergewaltigen lassen will.

Zeitungsausstellung die Worte schrieb: „Die Presse braucht Freiheit, mehr Freiheit und immer mehr Freiheit!“ Freilich war der Schreiber dieser trefflichen Worte bloß der Außenminister der Tschechoslowakischen Republik. Der Herr Justizminister denkt darüber anders. Von ihm aus kann kein Kollege vom Außenministerium freierhändig Äußerungen prägen, soviel er will, seine Worte mögen auch als ein Zeichen der hierzulande herrschenden freiheitlichen und demokratischen Bestimmungen im Ausland gepriesen werden, wie es dagegen mit der Freiheit der Presse im Inlande bestellt zu sein hat, und wie sie zu schutzlos ist, darüber hat doch nur der auf freiheitlichen Aufspür weniger bedachte Justizminister zu entscheiden. Und er tut dies, wie man sieht, ohne Bedenken und Strupel. Schon von der österreichischen Konfiskationspraxis her weiß man es, wie es gemacht wurde und wie es gemacht wird, wenn die Konfiskationen wieder einmal wie eine Seuche um sich greifen: dann ist die Ursache ein Vorkommnis, dessen Besprechung der Re-

Befinnt Euch!

Die kapitalistische Reaktion rast und will ihr Opfer haben. Der Schuß des Schoups hat sie Morgenluft wittern lassen. Ihre lang zurückgedrängte und nun lästern hervorbrechende Sehnsucht nach einem Ausnahmestück ließ sie ein wahres Hurongehölz austreten, das in ihrer Presse noch immer laut und schrill ertönt, denn wer weiß, wann sich für sie wieder ein so gefundenes Fressen bietet, wie es der törichte Schuß des noch törichterem Durstigen Schoups war. Darum will sie die Gelegenheit, die der reaktionären Bourgeoisie die Erfüllung ihrer kühnen Träume bringen soll, nicht ungenutzt verstreichen lassen, um ein Ansehensstück für die freie, unabhängige Arbeiterbewegung als Beute heimzubringen. Für die Kugel aus dem Browning des einen Schoups soll die ganze sozialistische Bewegung verantwortlich gemacht und ihr Lauf so gelenkt werden, daß er diese Bewegung ins Herz trifft. Wie herrlich schön wäre es, wenn es gelang, nach dem ruhmvollen Vorbild des jugoslawischen Königreiches die kommunistische Partei zu erschlagen, mit wichtigen Polizeistiefeln niederzutrameln, ihre Anhänger für vogelfrei, außerhalb des Rahmens der Gesetzgebung, zu erklären. Bei dieser herausgehenden Vorstellung läuft den Reaktionen vor brennender Gier der Geißel im Munde zusammen. Die kommunistische Partei wäre aufzulösen, ihre Anhänger wären einzusperren, unter Polizeiaufsicht zu stellen oder in Konzentrationslagern zusammenzusperrern und durch Zwang zu samstäglicher Gehörigkeit zu erzwingen, die kommunistische Presse wäre zu unterdrücken — denn wozu die Unkosten eines geistigen Kampfes gegen sie! — und die kommunistischen Abgeordneten ihrer Mandate und der Wählbarkeit verlustig zu erklären. Mit einem Wogen Raster, der zehn Paragraphen enthielte, hätte dann die heuristische Bourgeoisie sich ein für allemal Ruhe geschaffen, ihre Usurmacherei brauchte keine weitere Störungen zu befürchten, denn sie hofft mit Recht, daß das, was die Kommunisten in Ketten schlagen soll, auch für die anderen sozialistischen Parteien eine brauchbare und wirksame Fessel abgeben würde. Und damit alles in einem Aufräumen gelte, präsentieren die tschechischen Nationaldemokraten an Wünschen gleich einen ganzen duffenden Blütenstrauch: die Verfassung soll sistiert, das Wahlrecht soll verschlechtert, den Soldaten das Wahlrecht genommen werden! Der Streik gegen die kommunistische Partei würde nicht nur den Beginn einer Kampagne gegen die Arbeiterschaft überhaupt bedeuten, er wäre auch geeignet, die wackelnde und bei Neuwahlen bedrohte Koalition dauernd auf feste Füße zu stellen und die tschechische Kapitalistenklasse noch mehr als bisher zur unumkehrbaren Herrscherin im Staate zu machen. Was Wunder, daß die Reaktion nun alle Kräfte einsetzt, um der erhofften süßen Früchte teilhaftig zu werden!

Auch jener Teil der tschechischen Bourgeoisie, der nicht zur nationaldemokratischen Partei gehört, sich freiheitlicher Ambitionen rühmt und die Schaffung eines eigenen Ausnahmestückes ablehnt, nimmt einträchtig in das Geheiß nach härteren Unterdrückungsmaßnahmen gegen die oppositionellen Parteien ein. So spricht sich wohl die „Tribuna“ gegen die Schaffung eines Ausnahmestückes aus, doch nicht, weil sie gegen den weißen Terror irgendwie Abneigung hegen würde, sondern weil sie die geltenden Strafgesetze, die in der Zeit der absolutistischen Monarchie geschaffen wurden, für ein einzuwickelndes härteres Polizeiregime vollkommen ausreichend hält. Der Wunsch dieser „freiheitlichen“ Publizistik geht dahin, es mögen die vorsintflutlich-reaktionären Gesetze nur recht schnell gehandhabt werden, denn einen idealeren „Schutz der Republik“ als ihn diese Gesetze dann gewähren würden, könne man nicht leicht finden. Aber der Fehler sei eben, daß alle Parteien dem Vorurteil huldbigen, als modern und demokratisch gelten zu wollen. Vor allem müsse die verhängnisvolle Meinung fallen, daß es unbedingt so etwas wie die „Freiheit der Presse“

gierung unangenehm ist — ein Wind des Justizministers und die Aktion gegen die Presse setzt ein!

Die gegenwärtige Aktion des Justizministers wird nicht ihren Zweck erfüllen. Auch die härtesten Polizeimaßnahmen sind nicht imstande, es aufzuhalten, daß die Bevölkerung sich über die Vorgänge im Staate ein Urteil bildet. Es wird vielmehr noch das Gegenteil dessen erzielt, was beabsichtigt wurde. Das Wüten des Zensurs muß die Meinung erwecken, daß es etwas zu verrücken und zu verschleiern gilt. Die Verhandlungen im Prozesse gegen Baeran wurden und müßten doch öffentlich geführt, die Berichte darüber konnten nicht unterdrückt werden. Auch wenn man die Zeitungen hindert, den Prozeß zu besprechen, wird sich die Bevölkerung auf die Prozessberichte ihr Sprüchlein dazu machen. Es ist Schuld des Zensurs und des hinter ihm stehenden Justizministers, wenn das Urteil der Bevölkerung schlimmer ausfällt, als es das Urteil der Presse war.

und „Unabhängigkeit der Presse“ geben müsse. Und — so geht der Herzenserguß des freiheitlich-tschischen Blattes weiter — es genüge daher nicht, daß bloß dasjenige konfiszieren werde, was tatsächlich den Staat bedroht, wobei den Uebergriffen des Journalismus auch noch überflüssige Vorhalte gemacht werden, es müßten auch alle „Erzesse“ der Presse der Konfiskation verfallen, die Redakteure, Autoren und Herausgeber vor Gericht gestellt und eingesperrt werden. Sollten sich bei der Einfrierung der Redakteure die Geschworenen in einzelnen Gegenden nicht genügend bewähren, dann müßten andere Gerichte hierzu delegiert oder die Geschworenengerichte suspendiert werden. Dem feinen Platte, das aus seinem sozialreaktionären Herzen wahrlich keine Mördergrube macht, werden auch viel zu festen Abgeordnete und Senatoren vor Gericht gestellt, da die Immunitätsausschüsse der beiden Häuser zu langsam arbeiten, sodaß viele der durch die Staatsanwälte erhobenen Anklagen der Verjährung verfallen. Die Reaktion möchte also auf der ganzen Linie ein frisches munteres Jagen veranstalten, um alles, was im demokratischen Freistaate frei, unabhängig und wirklich demokratisch fühlt und denkt, zur Strecke zu bringen.

Die Ursache, weshalb die Reaktion sich so dreist gebärde, ist keinesfalls nur in dem Attentat des Schoupal zu suchen. Auch die Nationaldemokraten fänden den Mut nicht, die Masse zu lästern, wenn ihnen bebauerlicher Weise nicht das traurige Verhalten der tschischen Sozialdemokraten gegenüber dieser schändlichen Treiberei Mut und Hoffnung verleihen würde. Daß sie die ersten waren, die nach dem Attentat in die Hände der nationaldemokratischen Parteileitung das schriftliche Gelöbniß ablegten, an allen „notwendigen“ Maßnahmen zum „Schutze der Republik“ mitzuwirken, das mag eine Folge der in der ersten Aufregung über das Attentat entstandenen Verwirrung sein. Ebenso sei dem „Pravo Lidu“ der Ausfall gegen unser Blatt, weil wir es gewagt hätten, gegen das Geschrei nach einem Ausnahmegesetz Stellung zu nehmen, lediglich auf das Konto seiner wenig rühmlichen politischen Sitten geschrieben, denn ob deshalb unser „Niveau von Tag zu Tag sinkt“, können wir getrost der Beurteilung der sozialistischen Öffentlichkeit überlassen. Aber die Zeitungen der tschischen Sozialdemokraten tun noch ein übriges. In Deutsch-Prod. der Heimat des Attentäters, sind ein paar junge Leute verhaftet worden, die von seiner Absicht, das Attentat auszuführen, gewußt haben sollen. Die tschischbürgerliche Presse stürzt sich heißhungrig darauf, erzählt ihren Lesern Schauer geschichten von einem kommunistischen Mordkomplott und macht, ohne das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abzuwarten, die kommunistische Partei verantwortlich. Die tschischen Sozialdemokraten aber, anstatt die hungrige reaktionäre Meute abzuschreien, stimmen in den Schreihor ein und suchen feurige Reden auf dem Haupt der kommunistischen Partei zu sammeln. Man muß noch immer daran zweifeln, daß ihnen die Verbitte rung des Kampfes mit den Kommunisten die ruhige Einsicht beibringen hat, daß sie durch ihre kaum mehr eindeutige Haltung Helfershelfer der brutalsten Reaktion zu werden sich an schießen und — sei es nun passiv oder aktiv — dem gesamten Proletariat neue Ketten schmieden helfen. Daß jedes Ausnahmegesetz, ja jede Verschärfung des Polizeiregimes bedeuten würde, die Entwicklung zu stören, die

Aus dem besetzten Gebiet.

Teilkreis. — Zurückziehung französischer Maßnahmen. — Aufhebung der Besetzung der Reichsbank.

Essen, 22. Jänner. (Wolff.) Auf der Zeche Friedrich Thypfen 27 streikt die gesamte Belegschaft, auf der Thypfengeze „Röhndbergshof“ ein Teil der Belegschaft. Auf den Zechen „Victoria“, „Katharina“ und „Serkules“, deren Vertreter gleichfalls verhaftet wurden, sind die Morgen schichten nicht eingefahren. Auch die Beamten des Hauptbüros der Essener Steinkohlenbergwerke haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

Wie aus Redlinghausen gemeldet wird, ist es dem Gesamtbetriebsrat der staatlichen Bergwerke gelungen, den verhafteten Oberbergamt Ehren und den Reichsexpeditionen Porti gegen eine Kaution von 100.000 bezw. 50.000 Mark wieder freizubekommen.

In Dortmund ist zwischen dem Betriebsrate des Bahnhofes Dortmund-Süd und den Franzosen ein Abkommen getroffen worden, wonach die Franzosen die Stellwerke freigeben und sich damit einverstanden erklären, daß Trup-

pentransporte nicht ausgeladen und Kohlenzüge nicht ungeleitet werden. Auch dürfen höhere Beamte nicht mehr verhaftet werden. Nach Annahme dieses Abkommens ist der Betrieb auf dem Bahnhof Dortmund-Süd wieder aufgenommen worden.

General Degoutte hat das Bochumer Hauptzollamt zum Landesfinanzamt und die Finanzkasse Bochum zur Oberfinanzkasse für das besetzte Westfalen erhoben. Der Vorsteher des Zollamtes weigerte sich, diese Erhebung anzuerkennen.

Nachdem die Franzosen die Besetzung der Reichsbank aufgehoben und die Versicherung abgegeben hatten, daß sie sich jeden Angriffes in den Betrieb der Reichsbank enthalten werden, wurde heute Mittag die Reichsbank für den öffentlichen Verkehr wieder geöffnet. Gleichzeitig haben sich auch die anderen Banken diesem Vorgehen angeschlossen.

Die Gewaltmaßnahmen im Ruhrland.

Essen, 21. Jänner. (Wolff.) Dank des Protestes der Post- und Telegraphenbeamten wurden Oberpostdirektor Juenger und Postdirektor Jehme, die schon nach Düsseldorf abtransportiert worden waren, heute in Freiheit gesetzt. — Die Beamten und Arbeiter des Dortmunder Hauptbahnhofes haben infolge eines ersten Eingriffes der Besatzungsbehörden heute früh fünf Uhr die Arbeit eingestellt. Die über Dortmund fahrenden Züge müssen umgeleitet werden. — Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Wiesbaden meldet, wurde der stellvertretende Regierungspräsident von Niederrhein nachmittags auf Befehl der internationalen Rheinlandkommission wegen Zuwiderhandeln gegen die Anordnungen aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen. — Die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht Mainz gegen die verhafteten Persönlichkeiten aus dem Ruhrgebiete werden voraussichtlich Dienstag beginnen.

Ein Ultimatum der Betriebsräte und Gewerkschaften.

Düsseldorf, 21. Jänner. (Wolff.) Vertreter der Angestellten- und Betriebsräte der Thypfenwerke aus Pomborn und Mülheim-Ruhr sowie der freien und christlichen Gewerkschaften wurden Samstag abends bei der französischen Besatzungsbehörde wegen sofortiger Freilassung Fritz Thypfens vorstellig. Oberst Regnier, der sie empfing, konnte mangels Vollmachten nur Erklärungen entgegennehmen. Die Betriebsräte fordern aber, unbedingt in kürzester Zeit General Degoutte als verantwortliche Person zu sprechen und möchten die französische Regierung für alle Folgen verantwortlich machen, wenn General Degoutte nicht bis Montag 6 Uhr morgens die Freilassung Thypfens angeordnet habe. Ferner wurde die sofortige Wiederaufnahme der Tätigkeit der Demokratie zu vernichten und der ganzen Arbeiterschaft Daumijdrauben anzulegen, müßte ihnen schon die Erfahrung lehren, die mit dem unter ihrer Mithilfe zustande gekommenen Terrorgesetz gemacht wurden. Dieses Gesetz sollte sich auch „nur“ gegen den kommunistischen Terror in den Betrieben richten, denn doch waren seine ersten Opfer — tschische sozialdemokratische Arbeiter! Die tschischen Sozialdemokraten irren, wenn sie glauben, daß ihnen die Arbeiterschaft eine

Mithilfe bei dem von der unterdrückungstierigen kapitalistischen Reaktion geforderten Anbesetzungsgesetz jemals vergessen könnte! Sie irren auch in der etwaigen Annahme, sie könnten, mit einem solchen Makel behaftet, vor dem Forum der sozialistischen Internationale bestehen! Noch steht zu hoffen, daß die bedeutungsschwere Stunde ihr Gewissen rege findet, und daß sie erkennen, daß es auch für sie keinen anderen Weg geben darf, als den des rücksichtslosen Kampfes gegen die Reaktion.

Zimmer neue Truppentransporte.

Berlin, 21. Jänner. Wie dem Wolffbüro aus Frankfurt a. Main mitgeteilt wird, werfen die Franzosen immer neue Truppen nach dem Rheinlande. Mainz ist von französischem Militär überfüllt. Ständig werden Truppen nach dem Ruhrgebiet verladen, ebenso treffen immer wieder neue Transporte aus Frankreich ein.

Drohende Lebensmittelnot im Ruhrland.

Essen, 22. Jänner. (Wolff.) Reichsminister Dr. Luther hat seine Besprechungen über die Ernährungsfrage im Ruhrgebiete beendet. Die durch Sperrung der Reichsbankstellen geschaffene Notlage muß sofort beseitigt werden, wenn nicht schwerste Not ausbrechen soll. Erschütternd sind die Feststellungen über die Ausdehnung der Requisitionen durch die Besatzungstruppen, insbesondere an Stroh usw. in sämtlichen Bezirken, wodurch die Viehhaltung in den betroffenen Gegenden und mit ihr die Milchversorgung vernichtet zu werden droht. Im übrigen sind alle Vorkerkungen getroffen worden, um die Ernährung der Bevölkerung dauernd sicher zu stellen.

Inland.

Tschische Arbeiter als Streikbrecher ins Ruhrgebiet?

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgendes, aus München, den 20. Januar datiertes Telegramm:

Wie verlautet, wurden an der deutsch-tschischen Grenze 60 tschische Arbeiter aufgehalten, die auf französischen Befehl angeworben worden waren, um im Ruhrgebiet als Streikbrecher gegen die deutschen Arbeiter zu dienen. Die Fernhaltung der italienischen und tschischen Arbeiter aus dem Ruhrgebiet ist zweifellos zu billigen, weil sie den unseren Arbeitern nicht mit der Sympathie aufgenommen wären, die im Interesse der Beziehungen zu ihren Heimatländern wünschenswert wäre.

Dieses Telegramm erfährt eine Bestätigung durch die Nachricht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes (Berlin) aus München vom demselben Tage datiert.

Tatsächlich sind, wie wir hören, hier 65 italienische Arbeiter und an der tschischen Grenze 60 tschische Arbeiter aufgehalten worden, die auf französischen Befehl angeworben worden waren, um im Ruhrgebiet als Streikbrecher gegen die deutschen Arbeiter zu dienen.

Wenn diese Nachricht wahr ist und die Meldungen lassen erscheinen, daß irgend eine Tatsache den beiden Münchner Telegrammen zugrunde liegen muß, so kann die Anwerbung tschischer Streikbrecher für das Ruhrgebiet nur auf Ersuchen der französischen Regierung erfolgt sein, das heißt, die französische Gesandtschaft in Prag wird der tschischen Regierung einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben haben, ihr Arbeiter zu beschaffen, damit die im Streik befindlichen deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet ersetzt werden können. Wohl hat die tschechoslowakische Regierung bis jetzt eine genaue Stellungnahme zu dem Kampf zwischen Deutschland und Frankreich um das Ruhrgebiet vermieden, doch umso lebhafter und gehässiger gebärde sich gegen Deutschland die tschechoslowakische und die Regierun gspresse, was schon auf eine Art Zustimmung der Regierung zu der Haltung dieser Presse schließen läßt. Dar nach erscheint die Annahme, daß die Regierung bei der Anwerbung von Streikbrechern irgendwie die Hände im Spiele hat, durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Wenn nun etwa das Landesarbeitsvermittlungsammt unter hülfsschweigender Zustimmung des Herrn Benesch tatsächlich den Versuch gemacht hat, tschechoslowakische Streikbrecher ins Ruhrgebiet zu liefern, wäre das der denkbar größte Skandal und ein unerhörter Schlag gegen die Interessen nicht nur der deutschen Arbeiter, sondern auch der klassenbewußten Arbeiter in der Tschechoslowakei. Da doch die französische Gesandtschaft in Prag nach den Regeln des Völkerrechts nicht mit dem Arbeitsvermittlungsammt, sondern nur mit dem Ministerium des Äußeren verkehren kann, wird wohl Herr Benesch in der Lage sein, Aufklärungen über diese Angelegenheit zu geben. Die Regierung wird darüber noch befragt werden und die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bezw. Senatoren werden dafür sorgen, daß in diese dunkle Sache Licht gebracht werde.

Kommunistische Versammlungsförderung.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation in Pörschburg hatte für Sonntag, den 21. d., eine Versammlung mit der Tagesordnung „Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit“ einberufen. Zu dieser Versammlung waren auch Kommunisten erschienen, die tags vorher in einer Versammlung, in der Neurath sprach, offenbar den Beschluß gefaßt hatten, die sozialdemokratische Versammlung zu stören. Nach der Eröffnung durch Genossen Wafa entspann sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, in der die Kommunisten verlangten, daß ein Präsidium gewählt werde. Da die Versammlung aber ein Vereinsversammlung gewesen ist, konnte der Einberufer das Verlan-

Das Gespenst von Winsor.

Von Max Winter, (Wien).

Stürmisch jagen die Wolken dahin. Auf Sekunden verschwindet der Waldhügel den Blicken — dann scheint er in undurchdringlichen Nebel getaucht — aber der nächste Windstoß macht wieder den Blick frei. Das einsame Schloß zu Füßen des Berges liegt in schweigender Ruhe. Hier unten lagert der Nebel ungestört. Raum kann ihn das Auge durchdringen. So erscheint denn auch die hochgewachsene Männergestalt, die in eine satenreiche Toga gehüllt, festen Schrittes durch den Park dem Schloß zuweilt, mehr Gespenst denn als Mensch. Dieser Eindruck wird verstärkt, da sie plötzlich hinter dem die Schloßhalle abschließenden grauen schmiedeeisernen Gitter erscheint und nun über das glatte Parkett des Salons schreitet. Ein stählernes Antlitz. . .

Stunden später sind wir in der Krankenstube des Schlosses Winsor. Ein junger Mensch liegt dahier mit fiebrigen Wangen, lechzender Zunge und noch lechzender Seele. Alles Begehren des Reichthums umgibt ihn. Zu Füßen seines Bettes sitzt eine Frau in sich zusammen gesunken. Ist die Nacht wieder vorüber, die schreckliche Nacht, die die Seele doppelt peinigt? Plötzlich schreit sie auf und hebt ihr gramdurstiges Mutterantlitz gegen den Kranken. Entsetzt spricht aus ihrem Munde. Der Kranke hat sich auf seine Ellbogen gestützt, halb unter der Seidendecke aufgerichtet. Den rechten Arm wirft er in die

Luft. . . „Nimm alles hin, was mein Besitz, mein Schloß und meinen Reichthum, nur mein Leben lasse mir, mein junges Leben. . .“ So ruft er es hinaus, dem zu, gegen den er den Arm streckt, dem Mann mit dem stählernen Gesicht, der plötzlich zu Häupten des Bettes aufzutauchen scheint. Oder ist es nur Fieberphantasie? Ist es nur eine Spukgestalt, dem gequälten Gehirn des Kranken entspringen?

Begütigend streicht ihm die Mutter die Stirne. Leises Hüfteln, dann verfällt der Kranke wieder in seinen unerquidlichen Schlummer. Auf leisen Sohlen aber geht die Mutter ins Nebenzimmer. Sie hat dranhin auf dem knirschenden Sand den Wagen gehört, der den Doktor aus der nahen Stadt bringt. Schon ist der alte würdige Herr die Freitreppe hinangestiegen und schon geleitet ihn die Mutter ans Krankenbett. Dann, wie täglich im Salon, der fragende Blick: „Immer im Gleichen.“

Da bricht einmal der Schmerz dieser Mutter gewaltsam durch.

„Gibt es denn keine Rettung mehr?“ Der Arzt muß vorbereiten. „Wir können noch hoffen, aber unsere Hoffnung ist gering“, so sagt sein gültiges Auge.

Aber die Frau versteht und in ihrem Schmerz schlendert sie die Schicksalsfrage hinaus: „Was haben wir verbrochen, daß gerade uns dieses Los treffen muß?“ „Diese Frage“, sagt erust der alte Weißbart, „kannst nur der beantwortet, der in jeder Sekunde das Leben Ihres Sohnes als ein Wissendes umgeben hätte. Wir alle wissen nicht, wieviel an uns unschuldig wird und wieviel wir an uns sündigen, ehe die Tuberkulose über uns Macht gewinnt.“

Zu tiefemsten Brüten versunken bleibt die gequälte Mutter zurück. Sie durchforscht ihre Erinnerung, ihr Wissen, ihr Gewissen und pöktli ch ist es ihr klar, daß sich des Schicksals Lauf vollenden wird.

„Gibt es denn keine Hilfe mehr?“ so schreit sie es vor sich hin. „War alles vergeblich, was zu seiner Rettung versucht wurde?“ Da steht plötzlich hinter ihr, hoch aufgerichtet, der Mann in der Toga und zwei inhaltschwere Worte sind es, die er ihr zuruft: „Zu spät!“ Wie der Blick einer Fremden, so treffen ihn die Blide dieses Mutterauges. „Aber nicht zu spät ist es, andere zu helfen. Wenn du mir folgen willst, dann sollst du sehen, was an deinem Sohne verbrochen wurde, und kannst du auch ihm nicht mehr helfen, anderen kannst du mit deinem Wissen dienen und mit deiner Menschenliebe.“

So das stählerner Antlitz, und gleich darauf rollt sich vor dieser Mutterseele Bild um Bild ab, wie in einem Film. Zuerst wurden ihr die Stäbchenkeime, der Tuberkuloseerreger, und ihre Vermehrung durch Teilung vorgeführt, dann ihr Zerstörungsverk in Hautgewebe, ihr Leben im Menschenleib, ihr Streben nach neuen Nährböden. Sie sieht sie in den Auswurf der Kranken wandern, sie sieht die Gefährlichkeit dieses Auswurfs. In ein Zimmer, in dem 48 Käfige mit gefunden Meeräschequaden sind, wird auf einen Teppich der Auswurf eines Tuberkulösen ebracht und nachdem er verdunstet ist, weaachehrt. Die Meeräschequaden atmen den Staub ein. Der Arzt beobachtet sie weiter und nach kurzer Zeit sind 47 von den 48 Tieren an Tuberkulose erkrankt. Im Laboratorium des Tuberkulosefor-

schers sieht sie noch einen anderen Versuch. Ein Tuberkulöser hustet in einem Raum, in dem in einer Entfernung von ein bis zwei Metern von dem Hustenden mikroskopisch untersuchte reine Glasplättchen aufgestellt sind. Nach dem Husten werden sie wieder untersucht und auf allen Plättchen — es sind einige Tausend — werden Tuberkelkeime festgestellt.

Da wird vor dem geistigen Gesicht dieser Frau eine andere Bilderreihe lebendig. Sie sieht den verstorbenen Schlossherrn von Winsor, der längst der Tuberkulose verfallen ist, wie er seinen Stammerben aus der Wiege hebt und herzt und küßt, sie sieht sich, wie sie in der Stadt auf einem Besuch vor der Kirche dem hustenden alten Bettler ein Almosen reicht und dabei nicht beachtet, daß etwas von dem Auswurf des Bettlers an ihren Fußsohlen klebt. Der Wagen bringt sie wieder ins Schloß zurück und damit, fast frisch, die Tuberkelkeime hin, die sie gleich in die Kinderstube trägt, wo der Kriechling auf dem Fußboden frei herumkrücht. Mit den Händen, mit dem Spielzeug führt der kleine Mensch, dessen bisherige Erfahrung durch den Mund geangenen war, auch die Tuberkelkeime zum Mund. Sie sieht ihren heranwachsenden Sohn, wie er lieber Zuhilfenahm macht, anstatt gute kräftige, regelmäßige Kost zu nehmen und wie schwach sie in solchen Augenblicken war; sie sieht ihn un sinnige Befahren auf dem Zweirde machen, anstatt daß er vernünftige körperliche Übung ge trieben hätte, etwa Radfahren, und sie sieht endlich, wie leicht sie die erste Mahnung des Gespenstes Tuberkulose genommen hat, als es nach dem Herzensjungen griff. Auch nun noch nicht vernünftiges Leben, sondern blindes Vertrauen

gen nicht erfüllen. Die Kommunisten lärmten und verlangten immer wieder die Wahl eines Präsidiums. Als der Referent Abgeordneter Genosse Cermal seine Ausführungen beginnen wollte, wurde er immer wieder von den Rufen „Präsidium!“ unterbrochen. Stellenweise kam es zu erregten Demonstrationen, da auch unsere Genossen nicht gefonnen waren, sich von dem Gebrüll einiger junger Leute einschüchtern zu lassen. Es muß nämlich festgestellt werden, daß sich die überwiegende Mehrheit der Versammlung absolut ruhig verhielt. Als wieder heftige Demonstrationen losbrachen, erklärte der anwesende Regierungsvertreter die Versammlung für aufgelöst. Für die Verhältnisse in Breslau ist es bezeichnend, daß in der Versammlung ein oder zwei Geheimpolizisten aufzufinden waren. Wie verlautet wurden im Zusammenhang mit dieser Versammlung unregelmäßig im Laufe des Nachmittags einige Verhaftungen in kommunistischen Kreisen vorgenommen.

„Boudouci“. Unter diesem Titel erscheint seit Samstag ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der tschechoslowakischen Republik. Die erste Nummer des Blattes wird durch eine redaktionelle Erklärung eingeleitet, die mit einem Bekenntnis zum Marxismus beginnt: „Wir sind das Blatt einer Klasse im Sinne der marxistischen Lehre. Wir stellen uns im Kampf an die Seite der Arbeiter, deren Klassenkampf unser Kampf ist mit allen Beschwerden und Folgen.“ Von politischem Interesse ist ferner die nachfolgende Stelle: „Als die natürliche Grundlage aller unserer Bestrebungen und Richtlinien unseres Vorgehens und Wirkens betrachten wir die Tschechoslowakei, für deren Schöpfung und Ausgestaltung das tschechoslowakische arbeitende Volk die größten Opfer gebracht hat und deren Schicksal uns nicht gleichgültig ist. Trotzdem wir entschieden auf ihrer Erhaltung und Festigung bestehen, können wir nicht übersehen, wie im Laufe der letzten drei Jahre sich die Klassengegensätze durch den kapitalistischen Ausbeutungsdruck so verschärft haben, daß die Frage des Klassenkampfes für die Klassenbewusste Arbeiterklasse heute eine grundsätzliche und eine Frage von unausschießbarer Wichtigkeit ist. Daher rührt unser ablehnender Standpunkt gegenüber jeder Regierung, deren offene oder versteckte Tendenzen zur Stärkung der bürgerlichen Herrschaft im tschechoslowakischen Staate zielt, also auch die heutige Regierung, die als ihre Parole die Deflationspolitik Maschins angenommen hat.“ — Wenn das Blatt im marxistischen Sinne wirken wird, wird es damit eine wichtige Aufgabe im tschechischen Volke erfüllen.

Gegen den Faschismus wendet sich im „Cas“ Moiss Sajn. Er befaßt sich zunächst mit der Rolle, die die Zeitungen „Až rodní Demokracie“ und „28. říjen“ und sagt dann: Die „Nationale Bewegung“ verächtlich die Regierung und sogar den Präsidenten der Schwäche und der nationalen Schwäche, unterwirft ihre in den jetzigen schwierigen Zeiten notwendige Autorität durch Agitation und Anfeindung der Notwendigkeit von Selbsthilfsaktionen, durch die die öffentliche Ruhe bedroht erscheint. Die „Nationale Bewegung“ predigt den Terror der Gasse. Aus diesem Grunde muß sie als vollständig überflüssig und schädlich und als ein gefährliches Spiel abgelehnt werden. Sie eignet sich das Recht eines obersten Richters in nationalen Fragen an, obzwar mit dieser Funktion der Nationalrat betraut ist und will sogar in wichtige politische Fragen eingreifen, zu deren Lösung einzig und allein das Parlament und die Regierung berufen sind, die aus den tschechischen Koalitionspartien, also aus der Mehrheit der Bevölkerung bestehen. Wir übersehen nicht die „Nationale Bewegung“, aber es wäre ein Fehler, sie zu unterschätzen, denn sie kann großen Schaden im Staate anrichten. Deshalb rufen wir der Regierung und der tschechischen

auf den Sieg der Jugend über die unheimliche Gewalt der Stadtkerkereime.

So taucht aus der Vergangenheit Bild um Bild auf. Sie sieht den Arzt für innere Medizin, den Chirurgen, den Orthopäden, den Laryngologen mit der schrecklichen Krankheit ringen, sie sieht Erholungsstätten und Tuberkuloseheime, sie sieht das herliche Lesin im Schweizer Hochland, wo Dr. Koller die Sonne zur kräftigsten Bundesgenossin im Kampfe gegen die Tuberkulose erkoren hat, sie sieht dort im Winter junge Menschen, die eben wieder genesen sind, im Sonnenschein nackt auf Schlittschuhen über die blaue Eisfläche dahinhuschen, sie sieht sie nackt auf Skiern und Kodeln den Schneehang beleben, sie schaut die Wunderkinder des Jugendwanderns, der Waldschulen, und plötzlich weiß sie, was sie an ihrem Sohne gesündigt hat, sie und andere, und wieder er selbst durch unvernünftige Lebensweise beigetragen hat, um dem Gespenst von Winsor ein neues Opfer zuzuführen. Und sie erkennt auch die Mission, die vor den Menschen steht, mit diesem Gespenst fertig zu werden.

Der Gast mit dem stählernen Gesicht hat ihr auch erschreckende Zahlen vorgeführt: Daß ein Drittel aller Menschen an Tuberkulose stirbt, ein zweites Drittel an ihr krank ist, und daß das dritte Drittel von ihr, wenn auch vorübergehend, befallen war, er hat ihr gezeigt und ihr eigenes Leben sagt es ihr, daß die Tuberkulose die Demokratie erst nimm. Sie macht, wenn sie auch eine Krankheit vorwiegend der ausgebeuteten Schichten des Volkes ist, wenn sie sich die größte Zahl der Todesopfer auch im Proletariat holt, doch auch vor Schloß und Palast nicht halt. Und in dieser Erkenntnis beschließt die vereinsamte

Poincarés Moratoriumsvorschlag.

Drei Milliarden innere Anleihe. — Pländer.

Paris, 21. Jänner. (Savas.) „Echo de Paris“ meldet: Der Antrag, über den heute Poincaré und Barthou beraten werden, gewährt Deutschland ein Moratorium auf zwei Jahre, damit es zu einer inneren Anleihe von drei Milliarden Goldmark in der Form einer vorher eingehobenen Abgabe von dem Vermögen der Großindustriellen schreiten könne. Von

dieser Anleihe sollen 500 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der deutschen Saluta und 2 1/2 Milliarden für Reparationen bestimmt sein. Die Alliierten würden hierbei Pfänder behalten, solange sie nicht die Sicherheit haben, daß sie die Zahlungen erlangen, zu denen Deutschland verpflichtet ist.

Der Völkerverbund soll vermitteln.

Paris, 22. Jänner. Die Vereinigung der französischen Gesellschaften für den Völkerverbund hat an den Ministerpräsidenten Poincaré das Ersuchen gerichtet, das Reparationsproblem und die Frage der interalliierten Schulden selbst dem Völkerverbunde zu übermitteln. Diese Aufforderung ist auch dem Generalsekretariate des Völkerverbundes in Genf selbst übermitteln worden.

Zur Beschlagnahme der Wäldungen.

Berlin, 22. Jänner. (Wolff.) Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forste hat auf die Nachricht von der Beschlagnahme der Staatswäldungen im besetzten Gebiete des Rheinlandes sämtlichen Beamten verboten, irgend einer Anordnung der interalliierten Rheinlandkommission bezüglich der Staatsforste nachzukommen.

Ramsay MacDonald für ein Schiedsgericht.

London, 21. Jänner. (Wolff.) In einer Rede anlässlich einer großen Kundgebung der unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow verlangte heute Ramsay MacDonald, daß die Frage der Rechtmäßigkeit des Eindringens in das Ruhrgebiet an das Schiedsgericht des Völkerverbundes in Haag verwiesen werde. Ferner forderte MacDonald die Zurückziehung der britischen Besatzungstruppen, insofern deren Anwesenheit die gegenwärtigen politischen und militärischen Ziele der französischen Regierung unterläufe. Schließlich schlug MacDonald als Gegenpolitik ein wirtschaftliches Uedereinkommen zwischen Großbritannien und Deutschland vor. — Wie Reuters erfährt, erwartet man, daß auf der am 20. d. M. in Paris beginnenden Tagung des Völkerverbundes Branting oder ein anderes Mitglied die Reparationsfrage aufwerfen werde.

Uneinigkeit der Entente auch in Lausanne.

Lausanne, 22. Jänner. (Savas.) Bompard hatte seit seiner Rückkehr aus Paris lange Besprechungen mit Ahmet Pascha, Curzon und Garroni. Wie es scheint, sehen die der französischen Delegation erteilten Weisungen in keinem schroffen (!) Widerspruch zu der Anschauung der übrigen Delegationen. Namentlich bezüglich der italienischen Delegation kann gesagt werden, daß die Standpunkte nahezu vollständig übereinstimmen. Es ist auch bekannt (wenn man es bisher auch immer anders zu hören bekam. D. Red.), daß Lord Curzon stets eine abweichende

Anschauung bei den Friedensabmachungen vertrat. Noch gestern gab er die Anschauung kund, daß die Alliierten den Türken den Text des Friedensvertrages einfach vorzulegen und nicht den Augenblick abzuwarten haben, in welchem die Differenzen auf ein Minimum reduziert sind. Trotzdem Lord Curzon sehr ungeduldig und zur Abreise entschlossen ist, hat er seinen Aufenthalt in Lausanne mit Rücksicht auf die übrigen alliierten Delegationen verlängert und, wie verlautet, den Zeitpunkt seiner Abreise ungewiss für den 30. d. M. festgesetzt.

Die Lausaner Konferenz — wieder gefährdet?

Lausanne, 20. Jänner. (Savas.) Einige ausländische Delegationen zeigen eine gewisse Besorgnis wegen der für die kommende Woche vorbereiteten Ergebnisse, besonders soweit es sich um die Mussulangelegenheit handelt. Es zirkuliert dort eine angebliche Erklärung der türkischen Delegation, daß die Türkei große Unnahgiebigkeit zeigen und den Antrag

Curzons auf ein Schiedsgericht ablehnen wird. Zu diesen Gerüchten muß bemerkt werden, daß die Besorgnisse, daß es im letzten Augenblicke zu einem Scheitern der Konferenz kommen könnte, wenigstens vorzeitig (diese vorsichtige Fassung ist sehr vieldeutig! D. Red.) sind. Persönlichkeiten wie Ahmet Pascha sind durchaus weit entfernt von ähnlichen Gerüchten und es wird empfohlen, die öffentlichen Verhandlungen abzuwarten.

hischen Öffentlichkeit zu: Gestattet nicht, daß die „Nationale Bewegung“ auch über den Kopf wächst, so wie es in Italien geschehen ist. Erntet die Bewegung schon im Keime! Die demokratische Republik benötigt keine geheimen Organisationen zu ihrem Schutze!

Gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wendet sich der Klub der kommunistischen Abgeordneten in einem Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Als kommunistische Partei und als Vorkämpfer für das tschechoslowakische Proletariat kündigen wir allen reaktionären Plänen den schärfsten

Zerschran von Winsor ihr Leben künftig dem Kampfe gegen die Tuberkulose zu weihen. Während sie dahinträumt, hat sich das Gespenst von Winsor in der Stube nebenan sein Opfer gebolt — ihren Sohn.

Das ist die Geschichte, die der jüngste Aufklärungsfilm der Wiener staatlichen Filmstelle erzählt und mit solchem Geschick erzählt, daß ihm die stärkste Wirkung sicher ist. Es ist eine würdige, ernste Höhe, die diese neue Kunst erklimmen hat, und man kann an diese Kunst ernste Hoffnung binden. Das Kinodrama hat bisher wenig gutes gebracht, es hat sich der „besseren Kassa“ wegen immer mehr in den Niederungen gehalten. Hier tritt uns aber das Kinodrama als Rahmen für einen Aufklärungsfilm entgegen und er ist so geschickt mit dem Bilde umwoben, daß zu wünschen ist: Diese neue Form möge sich durchsetzen. Der reine Aufklärungsfilm wird vielfach darum abgelehnt, weil es vielen Menschen zu „fah“ ist, sich aufklären zu lassen. Wird die Aufklärung im Kleid eines spannenden Sensationsfilms gebracht, dann wird das Kinodrama ihn ebenso gerne spielen, wie jeden anderen und wir kommen dann mit der Aufklärung auch an Schichten heran, die sonst unerreicht sind. Das ist das besonders wertvolle an diesem Film, der jetzt auch schon seine Reise durch alle Kulturstaaten Europas antritt. Wird ihm statt des Titels „Tuberkulose“ noch ein Sensationsmittel gegeben, etwa wie der diesen Zeiten vorgelegte, dann wäre die Täuschung eine vollkommene und daß jeder auf seine Rechnung kommt, dafür hätte der Inhalt zu sorgen. Der jüngste Wiener Tuberkulosefilm beweist, daß diese Verbindung möglich ist.

Kampf an. Unsere Abgeordneten werden diesen Kampf auf parlamentarischen Boden bis zum Neujahr führen. Sie werden gemeinsam mit der Partei die Rechte und die Freiheit der arbeitenden Bevölkerung, die nationalen Rechte der Minderheiten und die Interessen der slowakischen Nation gegen die Vorherrschaft der tschechoslowakischen Kapitalisten und Nationalisten verteidigen.“ — Das Gesetz zum Schutze der Republik, dessen genaue Bestimmungen bereits in der hiezu bestellten Runderkommission fertiggestellt sein sollen, wird der heute stattfindenden Sitzung des zehnjährigen Koalitionsausschusses vorgelegt werden. Wenn es von diesem gutgeheißen werden sollte, so wird es die Koalition in der zweitnächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses einbringen, welches es den zuständigen Ausschüssen zuweisen wird.

Aus dem Parlamente. Die heutige Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, die den Termin der nächsten Plenar-Sitzung endgültig festsetzen wird, findet um 2 Uhr nachmittags statt. Um dieselbe Zeit tritt auch der Budgetausschuß zusammen. — Die Plenarsitzung des Senates beginnt um fünf Uhr nachmittags und dürfte nur von kurzer Dauer sein. Vor Beginn der Sitzung findet eine Konferenz des Präsidiums des Senates mit den Klubobmannern statt. Morgen, Mittwoch, den 24. Jänner, um 10 Uhr vormittags, berät das Subkomitee des Kulturanschlusses über die Errichtung von Musikvereinen.

Keine Mobilmachung. Das halbamtliche Prager Abendblatt meldet: Die Kabinete verfolgen die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet in Ruhe, wiewohl sie den Ernst der Situation nicht unterschätzen. Die Tschechoslowakei wird nicht mobilisieren. Sie ist der Verbündete Frankreichs, der Nachbar Deutschlands, womit die Richtlinien ihres Verhaltens von selbst gegeben erscheinen. Die Tschechoslowakei besitzt keinerlei Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten, an der Seite einer anderen Macht in der Reparationsfrage einzugreifen. Eine derartige Verpflichtung läßt sich weder aus den Friedensverträgen, noch aus den Vereinbarungen mit anderen Alliierten ableiten. Frankreich verlangt auch keinerlei Hilfe, weil es zur Lösung des Konfliktes allein stark genug ist. — Hoffentlich wird die Regierung bei diesem Standpunkt auch verbleiben.

Staat und Sozialismus.

2. Demokratie und Diktatur.

Zur Zeit, als die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei gespalten wurde, waren die Hirne der Arbeiterklasse von nichts so sehr erfüllt wie von der Frage Demokratie oder Diktatur. Volkzieht sich der Übergang zum Sozialismus unter den politischen Formen der Demokratie, soll man warten, bis das Proletariat auf gesellichem Wege die Mehrheit erlangt hat, um den Sozialismus durchzuführen, oder soll eine Minderheit die Herrschaft ergreifen, sie mit Gewalt behaupten und so alle Maßnahmen treffen, mittels derer die bürgerliche Gesellschaft in den Sozialismus übergeführt wird? Von den einen wurde die Demokratie als der Oberhöchste angesehen, von den anderen als der Uebel grüßtes. Die entscheidende Feststellung, die nun Adler macht und die tatsächlich eine gewisse verriehte Einsicht in das Problem bedeutet, ist die Unterscheidung zwischen politischer und sozialer Demokratie. Soziale Demokratie ist die Demokratie in einer klassenlosen Gesellschaft, politische die Demokratie in der heutigen Gesellschaft, in der es herrschende und beherrschte Klassen gibt. Solange die Demokratie auf dem Boden von Klassengegensätzen ruht, ist sie überhaupt nicht möglich. Auch hier muß man der Eigenart des Marxismus von welcher schon bei der Erörterung des Begriffes „Staat“ die Rede war, gerecht werden, indem er nicht formalistisch die Besonderheiten der Demokratie „überhört“ untersucht, sondern einer bestimmten historischen Demokratie, so daß man die Frage Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft von der Demokratie in einer klassenlosen Gesellschaft streng auseinander halten muß und diese beiden Begriffe nicht ständig durcheinander werfen darf. Demokratie bedeutet eine bestimmte Staatsform und die Staatsform der klassenlosen Gesellschaft ist eben eine andere, als die politische Organisation der Menschen in den heutigen „Demokratien“. Man meint gewöhnlich, daß die Demokratie diejenige Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, in der der Wille der Mehrheit der Menschen entscheidet. Die Unrichtigkeit dieser Auffassung hat aber schon Rousseau nachgewiesen, wonach nicht der Wille der Mehrheit, sondern der Gemeinwille entscheiden soll. Die Idee des Gemeinwillens — und das ist die Demokratie — findet keine Möglichkeit einer Verwirklichung in einem Gesellschaftszusammenhang, in welchem jede Abstimmung, gerade, wenn sie in wirklich demokratischen Formen erfolgt, nur auf die Gegenstände des Klassenwillens zurückzuführen muß.“ (S. 125.) Während also in der heutigen Gesellschaft nur die Herrschaft einer Klasse, eines Klassenwillens möglich ist, bedeutet die Demokratie einer klassenlosen Gesellschaft nichts anderes als gemeinsame Verwaltung. Derselben Mangel, die die Demokratie in einer klassengesellschaft aufweist, wehnen dem heutigen Parlamentarismus inne. Solange die Demokratie auf dem ökonomischen Klassengegensatz aufgebaut ist, schließt auch der vollkommenste Parlamentarismus eine Enttötung der Minderheit nicht aus, sondern — wie Max Adler treffend sagt — er rechtfertigt sie sogar, indem er sie auf einer Majoritätsbasis gründet. Ueber die Demokratie und den Parlamentarismus in der bürgerlichen Gesellschaft streben wir hinaus, zur Demokratie der klassenlosen Gesellschaft, zur sozialen Demokratie.

Damit hängt auch eng die Frage zusammen, ob zur Durchsetzung des Sozialismus die Mehrheit der Bevölkerung notwendig sei oder nicht. Schon Friedrich Adler hat einmal gesagt, daß die Erlämpfung des Sozialismus nicht von einem Zufall der Arithmetik abhängig ist. Es kommt nicht darauf an, ob das Proletariat gerade um die eine Stimme oder um das eine Mandat mehr hat als das Bürgertum, sondern es kommt darauf an, ob es die ökonomisch, sozial und politisch entscheidende Klasse im Staate geworden ist. „ob es durch seine organisatorische Bedeutung und Kraft zum Vertreter aller oppositionellen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft geworden ist und im Momente seiner revolutionären Aktion diese mit sich reißt.“ (S. 153.) Damit sind wir schon zur Frage der Diktatur gekommen. Auch hier macht Adler eine wichtige Unterscheidung, die freilich schon früher getan wurde. Er bezeichnet es als den verhängnisvollen Fehler der bolschewistischen Theorie, daß sie die Diktatur der Klasse in die Diktatur eines Teiles der Klasse, der sogenannten Avantgarde, modifiziert hat. Die Diktatur der Klasse ist ein Übergang zur klassenlosen Gesellschaft. Sie stellt die politische Form des proletarischen Staates, des zur Herrschaft im Staate gelangten Proletariats dar, die nicht anders erfolgen kann, als auf dem Boden der politischen Demokratie, das heißt getragen von der überwiegenden Masse der Bevölkerung. Darnach ist also die Diktatur der Klasse nur möglich in der Demokratie und läßt auch Gewalt als Demokratie und im Namen der Demokratie. So löst sich also der Widerspruch zwischen Diktatur und Demokratie darin, daß die Diktatur eine Form der politischen Demokratie, aber nicht der sozialen Demokratie, der Demokratie der klassenlosen Gesellschaft ist. Widersprüche sind Demokratie und Terrorismus, weil letzterer die Gewalt einer Minderheit ist, aber nicht Demokratie und Diktatur, weil letztere, wie schon gesagt, als Diktatur der Klasse eben nur in der Form der politischen Demokratie d. i. des Willens der überwiegenden

den Mehrheit der Bevölkerung möglich ist. Diese Ausführungen erinnern lebhaft an ein Wort Selligers aus dem Karlsbader Barteitag, wo er von der Diktatur der Demokratie gesprochen hat.

Am Zusammenhang damit erledigt Max Mer noch einen Einwand, der von bürgerlicher Seite ebenso wie von kommunistischer gegen die Theorie der Sozialdemokratie erhoben wird und der abermals ein Beweis dafür ist, daß die Widersacher des Marxismus in die Gedankenwelt des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus nicht eingedrungen sind. Teile seines Systems aus dem Genuß her auszuringeln und diese dann zu widerlegen suchen. Dieser Einwand besteht darin, daß vielfach gesagt wird, es bestände ein Widerspruch zwischen der ökonomischen und politischen Theorie des Marxismus darin, daß die Marxisten in der Theorie die Evolution (allmähliche Entwicklung) reden, in der politischen Theorie hingegen von einer Revolution (einer schließlichen Umwälzung der Verhältnisse). Da ist wieder an die materialistische Geschichtsauffassung erinnert, die uns lehrt, daß alle ökonomische Entwicklung durch die Kräfte der Menschen hindurch muß, bevor sie aufsteht auf die Geschichte einwirken kann. An den Köpfen des Proletariats muß durch die Evolution in der wirtschaftlichen Entwicklung das Bewußtsein ihrer ökonomischen Lage erzeugt werden. „Nur die Erkenntnis“ zu ihrer Hilfe und schließlich „der Wille zur Tat“. So führt die ökonomische Evolution zur politischen Revolution. Die ökonomische Entwicklung muß erst einen gewissen Höhegrad erreicht haben, bevor sie den Menschen zu Bewußtsein kommt, dadurch gerät sie erst in Widerstreit mit den vorhandenen politischen Verhältnissen, die anderen früher bestehenden ökonomischen Zuständen entsprechen und dieser Widerstreit löst sich eben in einer Tat: der Revolution. So ist die ökonomische Evolution und die politische Revolution nicht nur kein Widerspruch, sondern die notwendige Form der Entwicklung der Menschheit.

Telegramme.

Gewerkschaftsmacht gegen Waffengewalt.

Berlin, 22. Jänner. Eine Konferenz der Rheinmächte, die Samstag in Saigzig stattfand, hat dem „Vorwärts“ zufolge einstimmig beschlossen, der fremden Waffengewalt Gewerkschaftsmacht entgegenzusetzen und die Kohlschiffahrt auf dem Rhein stillzulegen.

Der „Kampf“ des Bürgertums.

Berlin, 22. Jänner. Dem „8 Uhr Blatt“ zufolge haben sämtliche deutschen Weinhandlerverbände als ersten Punkt auf die Tagesordnung ihrer Versammlungen den Boykott französischer Weine und Vitore gesetzt. Dem Beschluß der Hotels, keine Belgier und Franzosen mehr aufzunehmen, haben sich die meisten Berliner Fremdenpensionen angeschlossen.

Deutschland erhält mehr Kohle als bisher.

Berlin, 22. Jänner. (Wolff.) Nach einer Erklärung des Reichskohlenkommissars waren die Zufuhren von Kohle in das unterlegte Gebiet am Samstag und Sonntag stärker als je im Dezember und Jänner vorher. Die Einstellung der Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien habe also in dieser Beziehung nur günstige Wirkungen gehabt.

Verhaftungen von Regierungsbeamten.

Aachen, 22. Jänner. (Wolff.) Heute wurde der Leiter des Finanzamtes Aachen II, Oberregierungsrat Sembach und sein Stellvertreter, Regierungsrat Dr. Basten, auf Anordnung der Besatzungsbehörde verhaftet, weil sie nur den deutschen Behörden folgen wollten. Daraußhin haben sämtliche Beamten und Angestellten des Finanzamtes ihre Tätigkeit eingestellt.

Eine Ausweitung.

Mün, 22. Jänner. (Wolff.) Präsident Gehling von Langenauer vom Landesfinanzamt Mün hat den Ausweisungsbefehl erhalten. Wie dem Volksbureau mitgeteilt wird, wird er entsprechend den Anordnungen der deutschen Regierung diesen Ausweisungsbefehl keine Folge leisten. Infolgedessen ist mit seiner Verhaftung zu rechnen. Heute vormittags haben Angehörige des deutschen Beamtendebes, der Gewerkschaft der Beamten und Angestellten und eine große Menschenmenge vor dem Landesfinanzamt eine Demonstration mit Drattonen für den Präsidenten veranstaltet.

Nach eine Ausweitung.

Wiesbaden, 22. Jänner. (Wolff.) Oberregierungsrat Spiege, der nach Ausweisung des stellvertretenden Regierungspräsidenten von Koebern, dessen Geschäfte übernahm, wurde von den Franzosen ausgewiesen, weil er sich weigerte, eine Anordnung der preussischen Staatsregierung an die Forstbeamten zu widerrufen. Die Geschäfte werden jetzt vom Oberregierungsrat von Bedel geführt.

Es soll weiter gehoffen werden.

Berlin, 22. Jänner. (Wolff.) Auf den Protest, der bei der französischen Regierung wegen der Tötung des Sohnes des Lokomotivführers Wirtz in Vohum erhoben worden ist, hat Poin-

caré dem deutschen Geschäftsträger in Paris geantwortet: Ich habe die Ehre, Ihr Schreiben vom 20. c. betreffend einen Zwischenfall, der sich in Vohum am 15. Jänner ereignet hat, zu bestätigen. Ich ergreife diese Gelegenheit, um zu erklären, daß entsprechend den allgemein angenommenen Grundsätzen jeder Versuch oder jede Handlung, welche geeignet ist, die Sicherheit der Truppen zu gefährden, welche die internationalen Jugendkommissionen auf dem rechten Rheinufer begleitet, streng unterdrückt werden wird.

Ein Ruf nach dem Völkerbund.

Stockholm, 22. Jänner. (M.) In einem „Das blinde Gähnen und der Völkerbund“ betitelten Artikel schreibt der heutige „Sozialdemokrat“: „Wenn die Befreiung des Ruhrgebietes nicht bald beendet ist, ruft sie unter den europäischen Völkern Haß hervor, aus dem sich allmählich ein fünfziger großer europäischer oder gar ein Weltkrieg entwickelt. Siedurch gewinnen nur zwei gleich gefährliche Mächte, das ist der Faschismus und der Bolschewismus. Wenn der Völkerbund überhaupt eine Aufgabe hat, so sollte seine Aufgabe sein, neuen Kriegen vorzubeugen. Niemand weiß besser als wir, daß der Völkerbund eine starke Maschine, aber doch nur eine Maschine ist. Wenn der Völkerbund in der heutigen Lage nicht einschreiten vermag, muß er nach den logischen Gesetzen jede Spur von Prestige verlieren. Es ist wahr, daß Deutschland außerhalb des Völkerbundes steht und daß Frankreich in diesem einen großen Einfluß ausübt. Trotzdem aber muß der Völkerbund handeln, wenn er nicht den Eindruck einer schon vollständig toten Organisation hervorzurufen will.“

Gegen die Uebergriffe des französischen Imperialismus.

Eine Kundgebung Schweizer Arbeiter.

Die Berner Arbeiterschaft beschloß nach Anhörung eines Referates des Genossen Grimm über die Ruhrbesetzung folgende Kundgebung: Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ist ein Glied in der Kette der imperialistischen Ziele des kapitalistischen Frankreichs, eine Etappe auf dem Wege zur politischen und wirtschaftlichen Hegemonie des französischen Industriekapitals in Europa. Der Kampf zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus im Weltkrieg findet damit einen neuen Abschluß, der die ökonomischen Kräfte zugunsten des siegreichen Frankreichs verschiebt und an Stelle der deutschen Vorherrschaft das französische Uebergewicht bringt. Diese kapitalistische Umgruppierung, weit entfernt davon, der Menschheit den langverheerenden Frieden und die Weltverböhnung zu bringen, verschärft aufs neue die kapitalistisch-imperialistischen Gegensätze, vertieft den Nationalitätenhaß, vergrößert das wirtschaftliche Elend in Deutschland und damit die wirtschaftliche Krise für alle und bedroht die Menschheit durch ihre Interessengegenstände mit anderen, vorab den englischen Kapitalmächten wiederum mit kriegerischen Konflikten.

Die Arbeiterschaft, die gegen die Ziele und Uebergriffe des deutschen Imperialismus mit aller Schärfe protestiert hat, protestiert auch mit allen Kräften gegen die Ziele und Uebergriffe des französischen Imperialismus und stellt fest, daß die bürgerliche Herrschaft den Frieden und die Abrüstung nicht gebracht hat, ist sich bewußt, daß es immer die Arbeiterklasse aller Länder sein wird, die die Kosten der imperialistischen Abenteuer der kapitalistischen Klassen zu tragen hat und erklärt, daß ein drohender Weltkrieg, das wirtschaftliche Uebergehen der Nationen und der Aufstieg der Menschheit aus dem Chaos der imperialistisch-kapitalistischen Gegensätze nur möglich ist mit der Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung und Profitwirtschaft in allen Ländern. So erzieht sich für das internationale Proletariat die Pflicht, in erster Linie den revolutionären Kampfeinsatz gegen die kapitalistischen Mächte im eigenen Lande zu führen und so die Vorbereitungen zu schaffen für die wahre internationale Verböhnung der Arbeit und der Völker.

Ein politischer Mord in Paris.

Paris, 22. Jänner. (Havas.) Die Anarchistin Germaine Barton hat Marie Plateau, Redakteurin der „Action française“ aus einem Revolver erschossen. Nach dem Attentat wollte sie die Waffe gegen sich wenden, woran sie aber gehindert wurde. Bei dem Verhör erklärte sie, sie habe die Absicht gehabt, den Chefredakteur Daudet zu ermorden.

Die Krete für Oesterreich.

Die Konferenz in Paris. Statt in Genf.

London, 22. Jänner. (M.) Der vom Völkerbunde ernannte Garantieauschuss zur finanziellen Wiederaufrichtung Oesterreichs wird morgen in Paris und nicht in Genf, wie ursprünglich beabsichtigt war, zusammentreten. Die Beratungen des Ausschusses, in denen besonders über die österreichischen Kredite verhandelt werden wird, dauern mindestens eine Woche. An der Spitze der britischen Delegation wird Lord Balfour stehen.

Mussolini, der „Volksmann“.

Beseitigung des Mieterschupes.

Mailand, 21. Jänner. Die Regierungsverordnung, mit welcher die Wohnungen freigegeben und die Mietzinsbeschränkungen aufgehoben werden, hat in ganz

Italien große Erregung hervorgerufen. In allen Städten trachten die faschistischen Organisationen eine Vereinbarung zwischen den Hausbesitzern und den Mietern zu erzielen. Ministerpräsident Mussolini drohte den Hausbesitzern, ihnen, falls sie die Freiheit missbrauchen, diese zu entziehen. (Eine ärgere Augenaußwärtigkeit ist kaum denkbar.) Ein nach Rom einberufener Mieterkongress wurde von Mussolini mit einem Schreiben verboten, in welchem er die Krise als überwunden erklärt. Außerdem werden in dem Schreiben drei Bericht erstattende Deputierte als Feinde der Faschisten bezeichnet. Der in Rom erscheinende „Il Mondo“ bemerkt, die persönlichen Angriffe des amtlichen Dokumentes seien vollkommen unangebracht und tragen nicht zur Verbesserung der im Interesse des Landes und der Regierungssaktion notwendigen Eintracht bei.

Einigung in der Wiener Metallindustrie.

Wien, 22. Jänner. (Eigenbericht.) Nachmittag hat eine gemeinsame Sitzung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der Metallindustrie stattgefunden. Die Arbeiter verlangten, daß, wenn Unterhandlungen stattfinden sollten, zunächst das Diktat des 15prozentigen Lohnabbaues zurückgezogen werden müsse. Nach stundenlangen Auseinandersetzungen erklärten sich die Vertreter des Wiener Industriellenverbandes bereit, der am Abend stattfindenden Vollerversammlung ihres Verbandes diesen Vorschlag zu machen. Tatsächlich hat heute die Versammlung des Industriellenverbandes zugestimmt, daß offizielle Verhandlungen mit den Arbeitern stattfinden und daß der 15prozentige Lohnabbau inzwischen verschoben wird.

Tages-Neuigkeiten.

Ein deutscher Dichter. Auf unsere vorwöchige Notiz dieses Namens hat Herr Dr. Max Brod im donnerstägigen „Prager Abendblatt“ in einem eigenen Feuilleton mit der Ueberschrift „Ruhigen Sinnes“ geantwortet, einer ziemlich groben, aber darum nicht guten Klauderei, die mit anerkanntwertigen Rabbulistik einige unserer nebensächlichen Feststellungen aufspießt und dafür sein vorsichtig am Wesentlichen vorübergeht. Denn was hat er schon damit bewiesen, daß er erklärt, vom Ministerialsekretär zum Sektionsrat im Presseamt des Ministerpräsidentiums „befördert“ und nicht neu angestellt worden zu sein? Weniger als nichts. Hat er, was wir nicht wußten (denn seinen Personalien nachzuspiiren lohnt sich, so wichtig er sich selbst nimmt, uns wahrlich nicht), schon früher im Presseamt Dienste getan, so hätte er unsern Angriff eben schon früher voll auf verdient. Dort zu dienen und durch seinen Namen als deutscher Dichter das System der Pressebeeinflussung im amtlich-scheinbaren Sinn zu unterstützen, durch seinen Namen als deutscher Dichter alles dessen zu helfen, womit die Öffentlichkeit des Auslandes über unsere heimischen nationalen Verhältnisse getäuscht wird, ist das Unsaubere und Zweideutige, das wir an Dr. Brods Stellung peinlich empfinden. Ob es von heute oder gestern kommt, ist herzlich wenig zur Sache. Oder erschöpft sich die amtliche Stellung des Herrn in den drei, vier Theaterberichten, die er wöchentlich im „Prager Abendblatt“ veröffentlicht? Ist hiervon jemand Staatsbeamter der sechsten Rangklasse, damit er einige mehr oder minder belangreiche Theateraufführungen kritisiert? Das wäre innerhalb der vielen Sinesuren, die unsere Republik ihren Getreuen und Lobrednern vorliehen hat, die skandalöseste, und sich in ihr wohlzufühlen würden bei Dr. Brod sehr „starke“ Nerven voraussetzen — ganz zu schweigen von der Rechtsfertigung, die uns in diesem Falle die anstellende Behörde schuldig wäre. Und drum fragen wir Herrn Dr. Brod, damit jedes Herumfragen vermeiden werde, klipp und klar, ob er seinen Gehalt nur für die Theaterkritiken bekommt, die er mit vollem Namen zeichnet, oder ob er, wie andere hohe Ministerialbeamte auch, ein Referat im Ministerium zu verwalten hat. Ist letzteres der Fall, wie wir auf Grund der landesüblichen Staatsbesprechungen zu vermuten das Recht haben, so gilt unser erstes Urteil, sonst aber haben wir jetzt unsere Meinung deutlich genug ausgesprochen.

Dr. Rabins Befinden hat sich verschlechtert. Am Sonntag ergriff — wie der offizielle ärztliche Bericht meldete — die Entzündung an den Atmungsorganen die unteren Teile der beiden unteren Lungenflügel. Die Temperatur stieg auf 38. Montag mittags wurde gemeldet: Temperatur 36.2.

Ueber die Unterzahlungen des kommunistischen Sekretärs Cerventa in Mährisch-Osttau wird jetzt bekannt, daß bei der Revision der Kassa-garantie ein unbegründeter Abgang von etwa 10.000 K. in der Kassa festgestellt wurde. Nach dem eigenen Geständnis des Sekretärs Cerventa, der zu den radikalsten Kommunisten im Osttrauer Gebiet gehört, hat dieser seinerzeit über Auftrag der Osttrauer kommunistischen Kreisleitung einen Betrag von 16.000 K. in der Kassa des Sekretariates liegen lassen, welcher dann von unbekanntem Täter entwendet wurde. Nach einer Meldung des „Duch Casu“ hat sich die kommunistische Partei in Mähr.-Osttau 3000 K. des durch Cerventa unterschlagenen Geldes angeeignet. Die kommunistische Presse stellt dies zwar in Abrede, aber Cerventa selber hat bekannt, daß er 3000 K. von dem fehlenden Betrag für einen allgemeinen roten Kongress benutzt und sie einem beim Kongress anwesenden Mitglied des Betriebsrates übergeben hat. Cerventa gab weiter an,

daß er absichtlich größere Geldbeträge zurückgehalten habe, um sie im Falle der Auflösung des Verbandes für die kommunistische Zeltion zu verwenden.

Genosse Wallhead schwer erkrankt. Der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei, Genosse Wallhead, ist schwer erkrankt. Wallhead, der bei den letzten englischen Wahlen in das Unterhaus gewählt wurde, gehört zu den führenden Mitgliedern der Wiener Arbeitsgemeinschaft und ist einer jener englischen Genossen, die sich vorwiegend mit der internationalen Lage befassen. Seine Erkrankung ist die Folge einer Ueberanstrengung; er sprach in einer Reihe von Versammlungen der Unabhängigen Partei gegen die Ruhrbesetzung und war der Referent der ersten großen Versammlung in Bristol. Nach einer Wählerversammlung für Henderson in Newcastle brach er vollkommen erschöpft zusammen. Es ist die Hoffnung des internationalen Proletariats, daß Wallhead seine Erkrankung bald überwinde.

Raubüberfall auf einen Bahnwächter. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde auf dem Bahnwächter Türmann in Mittelgrund an der sächsischen Staatsbahnstrecke Bodenbach-Dresden ein frecher Raubüberfall verübt. Türmann wurde im Nachhaus von zwei Männern überfallen und beraubt. Er erlitt mehrere Verletzungen. Die Sicherheitsbehörden sind den beiden Burschen, die nach der Tat flüchteten, auf der Spur.

Sträflingsdemonstration gegen Hinrichtungen. Nach einer Meldung des „Venow“ haben die Sträflinge der Pardubitzer Strafanstalt eine Demonstration gegen die Todesstrafe veranstaltet als sie von der Einrichtung in Labor erfuhren. Es mußte sogar Militär einschreiten, da die Demonstration einen äußerst stürmischen Verlauf nahm. Die demonstrierenden Sträflinge gaben an, daß sie die Todesstrafe für erniedrigend und unwürdig für eine demokratische Republik halten und daher gegen sie demonstriert hätten.

Numerus clausus. Der sonntägige deutsche Hochschultag in Wien, an dem die Rektoren sämtlicher österreichischen Hochschulen, zahlreiche Professoren, Vertreter der deutschen Studentenschaft Oesterreichs sowie Delegierte der bayerischen und der übrigen reichsdeutschen Studentenschaft teilnahmen, beschloß — nach einer Meldung des Wiener Korrespondenten — einstimmig, den Antrag wegen Festsetzung des Numerus clausus für die jüdischen Ausländer. — Wenn diese Herren Oesterreicher christlichsozialer und deutschnationaler Richtung vom Ausland Geld bekommen, fragen sie nicht danach, ob es arischer oder jüdischer Herkunft ist. Aber arme Ausländer, zumal wenn sie Juden sind, wollen sie aus der Stadt Wien hinausjagen. Ein Glück, daß die österreichischen Arbeiter denn doch noch ein Wort werden mitzusprechen haben.

Zum neuen Mieterkongress. Am Sonntag, den 21. Januar, fand in Prag eine Beratung der Obmänner der tschechischen und deutschen Mieterorganisationen von Böhmen, Mähren und Schlesien statt, welche zur Reform des Mieterschutzgesetzes Stellung nahm. Einhellig wurde der Anschauung Ausdruck gegeben, daß angesichts des allgemeinen Gehalts- und Lohnabbaues und der schwereren wirtschaftlichen Krise jedwede weitere materielle Belastung der Mieter, sei es durch eine allgemeine Erhöhung des Mietzinses, sei es durch eine neue Steuer oder Abgabe auf den Mietzins, unbedingt ausgeschlossen ist. Weiters wurden Richtlinien für die bevorstehende Enquete im Ministerium für soziale Fürsorge beraten und ein von der Reichsbürger Organisation angearbeiteter Gesetzentwurf zur Grundlage angenommen.

Schneestürme. In den letzten Tagen wüteten fast in allen Gebieten Mitteleuropas schwere Schneestürme. Besonders in der Ostslowakei und in Ungarn, sowie in großen Teilen von Mähren und Böhmen, sowie in großen Teilen von Osterreich, waren die Stürme mit einer Heftigkeit, wie sie seit Jahren nicht mehr beobachtet wurden. In der Ostslowakei und Karpatenregion und bedrohten die Schneestürme den Eisenbahnverkehr und richteten in vielen Orten Millionenbeschäden an. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind fast überall zerstückt worden. In der Umgebung von Brünn und dann weiter in O. wie auch in Westmähren fiel teilweise Schnee in solchen Massen, daß die Schneedecke eine Höhe von zwei Metern erreichte.

Die Wählervereinsliste der Stadt Prag werden vom 24. bis 31. Jänner, und zwar von 8 bis 2 und von 4 bis 6, an Sonntagen von 8 bis 12 Uhr im Wahlkataster im Altstädter Rathaus zur Einsicht aufliegen.

Verbreunungstod zweier Kinder. Der Wagen der Schaustellers Kopecky geriet in Terebes bei Bohn-Stalitz aus unbekanntem Gründen in Brand. Im Wagen befanden sich die zwei Kinder Kopeckys, die in den Flammen umkamen. Die Gattin Kopeckys, sowie ihr Bruder konnten sich, obwohl sie selbst durch Brandwunden schwer verletzt waren, durch einen Sprung aus dem Fenster des Wagens retten.

Kleine Chronik.

Elf Todesopfer einer Explosion.

München, 22. Jänner. (Wolff.) In der ehemaligen Festung Jugschadt entstand beim Verladen von Leuchtpatronen, deren Füllung bereits in Zerkelung übergegangen war, eine Explosion, bei der elf Personen ums Leben kamen.

Untergang eines norwegischen Frachtbampfers. In der Nacht zum 20. Jänner ist der Frachtbampfer „Farmarand“ im Christianiafjord gekentert und sofort gesunken. Von der Besatzung, die aus neun Mann bestand, sind sieben ertrunken.

Von Ragen erstickt. Ein ungewöhnlicher Unfall wurde kürzlich an der Leiche eines zehn Wochen alten Säuglings von der amtlichen Leichenhau zu Rozmalk in der englischen Grafschaft Essex festgestellt. Die Mutter des Säuglings hatte den Kinderwagen, in dem der Säugling schlief, in einem Korweg untergestellt, um Beforgungen zu machen. Als sie nach einiger Zeit zurückkam, sprangen zwei Ragen aus dem Wagen, und der Säugling, der schon in den letzten Tagen lag, starb, ehe noch der herbeigerufene Arzt erschien. Wie der Leichenbeschauer feststellte, war der Tod des kleinen Kindes durch Ersticken herbeigeführt worden, verursacht durch die beiden Ragen, die, durch die Wärme angezogen, sich auf das Gesicht des Kindes gelegt hatten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Sonntagsruhe in Bäckergewerbe.

Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen bringt — freilich verspätet — den Wortlaut der Verordnung des Präsidenten der politischen Landesverwaltung in Prag vom 29. November 1922, betreffend die Regelung der Sonntagsruhe beim Bäckergewerbe: Auf Grund des § 1, Artikel VII, des Gesetzes vom 16. Jänner 1895, R. G. Bl. Nr. 21, in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juli 1905, R. G. Bl. Nr. 125, sowie auf Grund des § 7 der Ministerialverordnung vom 12. September 1912, R. G. Bl. Nr. 186, wird die vollständige obligatorische Sonntagsruhe für die Erzeugung beim Bäckergewerbe in Böhmen verfügt. Der Verkauf von Gebäck am Sonntag bleibt nur insoweit gestattet, als der Betrieb der Handelsgewerbe überhaupt und des Handels mit Lebensmitteln insbesondere erlaubt ist. Hiermit wird der Absatz E besonders am Sonntag erlaubt ist. Hiermit wird der Absatz E des § 1 im I. Abschnitt der Verordnung des ehemaligen Statthalters v. S. vom 1913, Z. 3/A — 709/14 R. G. Bl. Nr. 69 über die Bäder seinem vollen Inhalte nach mit allen Ausnahmen außer Kraft gesetzt. Die neue Bestimmung tritt mit dem Tage der Kundmachung in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen in Kraft. Der Präsident der politischen Landesverwaltung, Rosina m. p.

nem Keller Lohnabbau zuzustimmen. Bei der Verhandlung am 9. Jänner in Prag aber bestand der Unternehmer auf einem zehnprozentigen Lohnabbau und Streichung des Anschaffungsbeitrages. Da sich die kommunistischen Unterhändler nicht getrauen, dem Verlangen zuzustimmen, und die Verantwortung hierfür zu übernehmen, so erklärten sie, daß sie das Diktat einer Vollversammlung vorlegen werden, welche zu entscheiden hätte, was zu geschehen habe. Bei der am 14. Jänner stattgefundenen Vollversammlung war aber bereits der ganze Mut von früher weg, von einem anderen Gesicht war keine Rede mehr, ja der Referent erklärte sogar, daß diese Vollversammlung nicht möglich sein kann zur Ablehnung des Diktats. Er sprach, daß das demokratische Mittel der Abstimmung mit Stimmzettel im Betriebe angewendet werden soll, und daß mehr als zwei Drittel der Arbeiterschaft sich für den Streik aussprechen müsse. Er warnte die Versammlung vor den Hisslösen und erklärte, die Verantwortung trage nicht die Masse, sondern die Vertrauensmänner und insbesondere die Sekretäre. Man müsse ohne Lebensfurcht klar und nüchtern urteilen. Während Hirschl so sprach, vertrittete der Zentralsekretär Rabvornik die Arbeiter damit, daß die Kämpfe später kommen werden. Da aber die Arbeiter nur deswegen zum Prager Verband übergetreten sind, weil ihnen versprochen wurde, daß derselbe sofort kämpfen werde, hatten die beiden Sekretäre große Mühe, die radikale Stimmung aufzuhalten und einen Streikbeschuß in der Versammlung nicht zur Abstimmung bringen zu lassen. Sie legten die Abstimmung im Betriebe durch und erfanden hierzu eine ganz neue Methode. Nicht nur die organisierten Arbeiter stimmten ab, sondern sämtliche Arbeiter und war unter Mitwirkung der Firma. Alle Stimmzettel wurden sowohl mit der Ortsgruppenstempel als auch mit der Firmenstempel abgestempelt und von den Vertrauensleuten und von der Firma beauftragten Beamten verteilt. Aber auch dies konnte den Streik nicht mehr unmöglich machen. Weit mehr als zwei Drittel der Arbeiterschaft stimmte für den Streik, weswegen kein anderer Ausweg mehr übrig blieb. Bis auf einige wenige trat die gesamte Arbeiterschaft mit Begeisterung in den Streik. Nach eintägigem Streik wurde derselbe von den Böhnen abgehört, so würde der „Vorwärts“ schreiben, wenn wir den Streik geführt hätten. Während vor der Verhandlung die Menge mit dem Schlagwort „keinen Heller mehr“ in eine Kampfstimmung verlegt wurde, heißt es in dem Protokoll jetzt: „Da sich die Vertreter der Arbeiterschaft nach mehrstündigen Verhandlungen im Prinzip mit dem von der Firma geforderten Lohnabbau einverstanden erklären“ usw. Es wurde nun doch der von der Firma geforderte Lohnabbau angenommen und nur erreicht, daß für die ersten vier Wochen statt zehn Prozent nur fünf Prozent Lohnreduzierung erfolgt. Der Anschaffungsbeitrag wird bis 15. März zur Hälfte ausbezahlt und hört dann ganz auf. So also mußte die mit so großem Lärm und Begonnen „Sofortige Aktion“ enden. Schade, daß dies nicht die Anständerung gemacht haben, es wäre ein Ritter für den „Vorwärts“ und seine Ableger. Die Arbeiter in der Bäckermühle aber erkennen nun doch allmählich die Schlagwortpolitik, welche ihnen und der gesamten Arbeiterschaft soviel Schaden gebracht hat. Die Kommunisten aber können auf keinen Fall noch ein solcher Sieg und wir sind verloren.

Leichte Besserung bei Mannesmann. Wie die Komotauer „Volkzeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat sich die Situation in den dortigen Mannesmannwerken in der letzten Zeit einigermaßen gebessert. Der Betrieb ist so weit mit Aufträgen versehen, daß keine neuen Entlassungen mehr vorgenommen werden dürfen. Es ist sogar damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Belegschaft bald voll beschäftigt wird, sobald die bisherigen Preisrisiken in Ausfall kommen. Von der Gruppe der zuletzt Entlassenen sollen auch einige Neueinstellungen beabsichtigt sein.

Die Frauen in den Gewerkschaften. Der Internationale Gewerkschaftsbund zählte am 1. Jänner des vorigen Jahres 3 1/2 Millionen Frauen in seinen Reihen; sie bildeten somit genau ein Sechstel (16,6 Prozent) des gesamten Mitgliederbestandes. In den verschiedenen Ländern lag aber der Prozentanteil der Frauen an den Gewerkschaften teils höher, teils unter diesem Durchschnitt. Am größten war die Beteiligung der Frauen in Österreich, wo sie fast ein Viertel (24,3 Prozent) der Gewerkschaftsmitglieder bildeten; es folgten die Tschechoslowakei (22 Prozent), Deutschland (21 Prozent), die Schweiz (18,7 Prozent) und Dänemark (18,2 Prozent). In allen übrigen Ländern liegt der Prozentanteil der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder unter dem Durchschnitt: in England und Italien 12 1/2 Prozent, in Frankreich und Schweden 10 Prozent, während in den übrigen Ländern die Frauen weniger als ein Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder ausmachten. Besondere Landesorganisationen der Arbeiterinnen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund nahesteht, befinden sich in England, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Belgien, der Schweiz, Norwegen, Polen, Südafrika und Cuba, außerdem auch in den Vereinigten Staaten, obgleich die Gewerkschaften dieses Landes vor zwei Jahren aus der Gewerkschaftsinternationale ausgetreten sind. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dagegen, der der Mitgliederzahl nach an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht, hat die Gründung einer besonderen Frauenorganisation als überflüssig abgelehnt und sich für eine stärkere Propaganda zur Hineinziehung der Frauen in die allgemeinen Gewerkschaften eingesetzt. Dieser Propaganda dient ein besonderes Organ, die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Ärzte, Apotheker und Kassen. Aus Berlin wird uns telegraphisch: Im preussischen Volksfahrtsministerium fanden Verhandlungen zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Kassen statt, die ein günstiges Ergebnis hatten. Nur schwankt man noch, ob man die Arbeitsgemeinschaft auf dem Wege des Gesetzes oder durch Vereinbarungen schaffen soll. Die Angelegenheit wurde an das Reich weitergeleitet.

Ein Vorstoß der Reaktion in der Schweiz. Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement in Bern hat an die Kantonsregierungen ein Schreiben gerichtet, worin es die Anregung für den Abbau der Arbeitslosenfürsorge gibt. Mitte Jänner soll eine Konferenz der Vertreter der Kantonsregierungen zur Behandlung der Frage nach Bern einberufen werden, wo darüber gesprochen werden soll, ob der Abbau durch Verfürgung der Unterstützungsdauer oder durch Herabsetzung der Unterstützungssätze vorgenommen werden soll. Die schweizerische sozialdemokratische Presse nimmt gegen die reaktionären Absichten der Bundesregierung Stellung und weist mit Recht darauf hin, daß die volkswirtschaftliche Lage der Schweiz durch den Abbau der wucherischen Zölle, Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen und Steigerung des Exportes viel wirksamer gehoben werden könnte.

Die Zuckerproduktion in der Ukraine. Das Berliner Tageblatt berichtet: Im Sommer 1921 hat sich in Deutschland unter Beteiligung namhafter deutscher Banken ein Konsortium gebildet, das die Übernahme der Zuckerfabriken in der Ukraine auf der Grundlage einer Konzeption zu übernehmen beabsichtigt. Es handelte sich um etwa 100 ukrainische Zuckerfabriken. Die Sowjetregierung zeigte ursprünglich dem Konsortium das größte Entgegenkommen. Vor dem endgültigen Abschluß wurden jedoch von den Vertretern der Sowjetregierung in Berlin neue Bedingungen gestellt. Die Russen sollen erklärt haben, daß die Sowjetregierung von den Konzeptionären eine fünfjährige Anleihe im Gesamtwerte von 30 Millionen Goldrubel verlangen. Der Konsortium hat daraufhin bejodeten, die Verhandlungen mit der Sowjetregierung zwecks Übernahme von Zuckerfabriken in der Ukraine abzubrechen.

Die Schiedsgerichte in Australien. Das Gesetz über die industriellen Schiedsgerichte ist am 26. Oktober durch eine Novelle modifiziert worden. Es wird eine Kontrolle aller Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Vereinsfonds vorgesehen. Diese Organisationen werden verpflichtet, die Summen, die für Verhandlungen, Unterstützungen, Löhne usw. an die Funktionäre oder Mitglieder der betreffenden Organisationen ausbezahlt wurden, auf Wunsch den Kontrollleuten aufzuweisen. Eine jede dieser Organisationen kann zu jedem Zeitpunkt von einem Kontrollbeamten der Regierung aufgefordert werden, ihre Rechnungen zu unterbreiten. Das Gesetz enthält noch Bestimmungen über das Verfahren zur Ernennung der Mitglieder des obersten Schiedsgerichts. Die Vereinigung der australischen Industriellen verlangt in einer Resolution die Aufhebung des obligatorischen Schlichtungsverfahrens und seine Beschränkung allein auf die Bundesbetriebe wie z. B. Marine, Eisenbahnen usw. Sie verlangt außerdem die Vereinfachung der Gesetzgebung über die Arbeitszeit in der einzelnen Staaten. Diese dürfte nicht mehr als sieben Tage jährlich betragen ohne die Sonntagsruhe und die besonderen Feiertage.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	Schw. Krant	15,30/00
Wien	Österr. Kr.	611,46
	Österr. Kr.	1070

Prager Kurze.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1423,00	1427,00
100 Mark	912,50	922,50
100 Schweiz. Frant.	689,75	679,25
100 Lire	171,25	172,75
100 franz. Frant.	281,75	283,25
1 Pfund Sterling	167,00	168,50
1 Dollar	35,90/00	36,00/00
100 belg. Frant.	212,25	213,75
100 Dinar	26,75	27,25
100 österr. Kronen	0,0470	0,0520
100 poln. Mark	0,1125	0,1625
100 ungar. Kronen	1,3325	1,4325

Züricher Schlusskurze.

	Geld	Ware
Paris	34,20/00	34,45/00
London	24,93/00	24,97/00
Berlin	0,024	0,026
Mailand	25,40/00	25,50/00
Holland	21,25	21,80/00
Wien	0,0074	0,0076
Budapest	0,27/00	0,27/00
Bras.	15,10	15,30
New York	5,35/50	5,36/50
Selgrad	0,0260	0,03/00
Barisau	0,016/00	0,021/00
Wien zeit.	0,00/00	0,00/00

Der Lotterieschwede.

Von M. Andersen Regd.

Die Wellen raschelten in dem zu Eis kristallisierten Tang, und die Eisstücke nagten in dem Wasser aneinander — sonst aber kein Laut. Und weiter am Strande hinaus und hinaus! Schließlich hörten sie antwortende Laute, und sie blieben stehen und riefen wieder, lieb-voll und lachend. Draußen im Wasser schnaite die Gans, wollte aber nicht ans Land kommen. Vorge standen die beiden rasselnd und zitternd vor Kälte da, wagten aber nicht heimzugehen. Dann sprang der Knabe ins Wasser, und die Mutter hielt ihn nicht zurück; er wadete zwischen die Eisblöcke hinaus, beschrieb einen Kreis um die Gans und brachte sie ans Land. Die Mutter ließ ihn vorauslaufen, so schnell er konnte, damit er nicht krank würde. Und daheim zog sie ihm das eisige Zeug aus, brachte ihn zu Bett und legte allerlei Wärmerdes an seine Füße.

alles. Und manchmal war er fast nicht heimzugehen gewesen, wenn der Schwede ins Wirtshaus wollte. Wohl hatte dieser es nie und da versucht, ihn auf keine Seite zu ziehen, aber es ging nicht; seit des Kindes Tod hielt die Mutter ihn fest.

Mit dem Winter wars zu Ende. Es war sechs Uhr und die Dämmerung war herabgebrochen. Zuerst war die Frau des Schweden dabei, die Kleinen ins Bett zu bringen; in der Wohnstube sah auf der Schlafbank der Knabe und starrte hinaus auf die große Buche mit den vielen Zweigen und dem starken Wasser, das aus dem botanischen Meerbusen herkam. Das Dunkel stieg vorwärts aus dem Meere auf, stahl sich leise und geschäftig ans Land und schlüpfte an dem Ringer vorbei in die Stube. Als er sich umdrehte, war hinter ihm lauter Rastern, und ihm wurde bange. Aber sowie die Mutter hereinkam und sich zu ihm setzte, ging es vorüber. Dann hörte sie Schritte und jemand flapperte mit einer Leiter. Der Laternenanzünder war es, der die letzte Laterne gerade vor ihren Fenstern anzündete. Während er die Leiter nahm und ging, stieß er mit dem Fuß an ein leeres Bierfäßchen, das bei der Tür stand, sodas es mit hohlem Klang auf die Landstraße hinausrollte.

Die Frau fuhr zusammen. „Ist es der Fuhrmann?“ fragte sie gespannt.

„Nein, Mutter, es war nur der Laternenanzünder.“

Sie rückte zum Fenster hin und begann, beim Schein der Laterne zu spinnen.

Der Roden schnurrte so gemütlich, die Laterne warf ruhige Strahlen auf den Fußboden, und der Sand auf den Dieiler schickte dünne, nadelartige Blitze zurück. Das Dunkel hatte sich flach in die Stubenwinkel hineingezogen und draußen einen drohenden Dasternis um die Laterne gebildet. Der Knabe stopfte den Ofen ganz voll mit trockenem Tang, der zu knistern und knattern begann, dann kam er hin, setzte sich seiner Mutter zu Füßen auf den Boden und sah einen Zipfel ihrer Schürze.

„Du bist ein rechtes Mädchen.“ sagte sie, ihn anlächelnd. Und sie ließ die eine Hand über sein Haar gleiten, ohne die Spinnen zu unterbrechen.

„Er kommt nicht“, sagte sie plötzlich und hielt den Roden an.

„Wer kommt nicht, Mutter?“

„Der Biermann, Kind! Aber Dein Vater kommt bald — Gott bessere es — und bekommt er morgen sein Bier mit, so wird er würnd.“

Der Knabe tat, als höre er nicht.

„Du wirst den Eimer nehmen müssen und zwei Maß von der Brauerei holen.“

„Dann ich nicht bis morgen früh warten? Es sind gewiß heute Abend Betrunkene auf der Straße! Was, Mutter?“

„Nein, mein Junge, das können wir nicht.“

„Und warum nicht, Mutter?“

„Nein, mein Junge. Nur arme Leute stehen um vier Uhr am Wintermorgen auf.“

Von der Straße herab erscholl Wagengetöse. Schwer und gewaltig rollte es von dem Steinpflaster gegen das kleine Haus hin, daß es im Ofen sang. Dann hörte die Plasterung auf, und nur die Fußschläge erklangen, während das Fuhrwerk durch den Laternenchein fuhr und verschwand.

„Der fuhr ja wie der Hufschmid von Dindobh“, sagte die Frau, indem sie hinausging, um den Eimer von draußen hereinzuholen.

„Wer ist der Hufschmid von Dindobh, Mutter?“

den schwachen Knaben geschont hätte — sie durfte nicht fort sein, wenn der Mann kam.

„Gott sei Dank!“ sagte die Frau, die in der Tür stand und ihn erwartete.

Drinnen in der Stube stellte der Knabe einen Stuhl für die Mutter vor den Ofen und setzte sich selbst auf die Kante der Feuerungsleiste zurecht.

„Ich muß aber am Fenster bleiben und weiterspinnen, während ich erzähle.“ sagte sie und lächelte über seine Vorbereitungen.

Und während sie vom Hufschmid von Dindobh erzählte, der seine drei Frauen zu Tode sigelte und zuletzt von seinen armen Hengsten zerstampft wurde, sah ihr Mann mit einigen Kameraden in der Stube und wärtele. Der Schwede verlor, und all sein Geld ging drauf. Als die anderen gehen wollten, war er stark bezechet und verlangte noch ein Spiel. Keiner wollte darauf eingehen. Da warf er sein Los auf den Tisch und fragte, ob keiner von dem Preis das Spiel aufnehme. Johann Svendsen schlug ein und gewann. Dann torfelten sie alle heim.

Die Mutter hatte die Geschichte beendet; es war spät, so spät, daß die Laterne bald ausgelöscht werden würde.

„Dein Vater hat wohl vor, uns die ganze Nacht wachzukalten“, sagte die Frau, schwer die Luft einziehend.

„Aber Mutter, wir können ja die Tür abschließen und zu Bett gehen.“

„Dann sperren wir ihn ja aus, Junge.“

„Was liegt daran?“

Sie schwieg. Sie wollte den Knaben nicht ermuntern, sich gegen seinen Vater auszusprechen; aber ihn zurechtzuweisen, war ihr gleichfalls nicht möglich.

Und sie warteten.

(Schluß folgt.)

600-Milliardenbezug Deutschlands. Dem deutschen Reichstag ist soeben der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928 zugegangen. Er schließt mit einem Gesamtschuldenbetrag von 621.961.944.000 ab.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Das Arbeitsstatistische Amt im Arbeitsdepartement der Vereinigten Staaten veröffentlicht allmonatlich Berichte über die Arbeitslosigkeit. Vergleicht man die Ergebnisse dieser Untersuchung mit den Ziffern vom Oktober 1922, so zeigt sich eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in Industrien, ein Anwachsen in gewiss Industrien. Zu den beginnigsten Industrien gehört in erster Linie die Metallindustrie. Die Vermehrung der Arbeiter beschränkt sich auf 7,9 Prozent. In der Stanzwaren-Industrie, der Baumwollindustrie und der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen stieg die Zahl der Arbeiter um 7,5 Prozent beziehungsweise 7 Prozent und 6,3 Prozent. Eine vergleichsweise Gegenüberstellung mit demselben Monat des vergangenen Jahres (November 1921) gestaltet die öffentlichen Statistiken nur über die gleichen Betriebe in 13 Industrien. Nichtsdestoweniger findet man dort eine gleich große Vermehrung der Arbeiterzahl in der Metallindustrie. Im Maschinenbau, in den Reparaturwerkstätten, in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Automobilfabrikation ist die Zahl der Arbeiter im Vergleich mit den Ziffern vom November 1921 um 29,3 Prozent beziehungsweise 24,6 Prozent und 23,1 Prozent gestiegen. Auch tritt bereits die Tendenz hervor, die einschränkenden Bestimmungen über die Einwanderung abzuschaffen. Rumenisch der bekannte Wortführer des Stahlwerks Gary tritt mit großem Eifer für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte ein, indem er Forderung des derzeit geltenden Prozentsatzes und Anknüpfung der Bestimmungen an die Bedürfnisse der Industrie fordert.

Gerichtssaal.

15 Jahre schweren Kerkers.

Die Bühne für einen Raubmord.

Prag, 22. Jänner. Vor den Prager Geschworenen fand heute die Gerichtsverhandlung über einen Raubmord statt, der im Jahre 1917 in Sachsen verübt wurde, und dessen Täter schon im gleichen Jahre von sächsischen Gerichten zu hohen Kerkerstrafen verurteilt worden sind. Einer der Täter, Max Lorenz, der am 12. Juni 1917 von der Strafkammer beim 1. Landgericht in Jwidan zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde, erkrankte im Kerker an Gefängnisphobie und wurde, da er sichschonlosowatsch Staatsbürger ist, am 15. Juli 1919 den Behörden dieses Staates übergeben, die ihn in der Irrenanstalt in Böhmig unterbringen ließen. Am 12. September 1922 wurde Lorenz aus der Irrenanstalt als geheilt entlassen und der Prager Staatsanwaltschaft übergeben, die gegen ihn wegen Raubmordes die Anklage erhob. Aus der Anklageschrift entnehmen wir über den Raubmord und dessen Vorgeschichte folgendes: Der im Jahre 1899 geborene Johann Max Lorenz war im Jahre 1917 in Mosel in Sachsen als Werksarbeiter beschäftigt. Er machte dort die Bekanntschaft eines gewissen Gleisinger, der ihn wiederum mit einem Schlossergesellen namens Weber bekannt machte. Gleisinger erzählte dem Lorenz, daß Weber seinem Großvater 1800 Mark entwendet hatte und daß er dieses Geld auf leichte Weise anzubringen bestrebt sei. In der Folgezeit verhandelten die drei dann gemeinsam das Geld, so daß dem Weber, als er nach der Schweiz auszuwandern sich entschloß, nur mehr 100 Mark übrig geblieben waren. Gleisinger erfährt von der Absicht Webers, auszuwandern und er setzte sich sofort mit Lorenz und dessen Bruder Paul ins Einvernehmen, um einen Plan zur Veranbarung Webers anzuarbeiten. Dieser gedachte sie Weber ins Gebirge zu locken, ihn dort von einem Felsen zu stürzen und dann zu berauben. Doch kamen sie von diesem Plane ab, obzwar sich Paul Lorenz bereit erklärte, den Mord auszuführen. Die drei faßten einen neuen Plan: Sie wollten Weber einreden, daß sie mit ihm nach der Schweiz auszuwandern werden; in Jwidan sollte Weber dann bei irgendeiner Gelegenheit ermordet werden. Sollte sich jedoch früher eine Gelegenheit ergeben, so wollten sie Weber erwürgen und dann auf einen Baum aufhängen, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Am 18. März 1917 kamen die Brüder Lorenz und Gleisinger nach Schlanau, wo Weber wohnte. Mit Weber marschierten sie dann nach Mosel und führten hierauf mit der Bahn nach Crumandorf. Von dieser Station wollten sie wieder zu Fuß nach Zschonau gelangen. Weber hatte in Schlanau jedem 50 Mark für die Reise gegeben. So zogen sie nun in der Abenddämmerung auf der vereisten und mit Schnee bedeckten Landstraße gegen Zschonau. Bei einem Wäldchen brachen sie alle ab, die ihnen als Wanderstode dienen sollten. Zwischen Crumandorf und Zschonau liegt ein einsames Wirtshaus an der Straße. Die vier Wanderer wollten sich da eine Weile warmen, doch war niemand zu Hause, so daß sie weiterwandern mußten. Gleisinger und Max Lorenz verständigten sich rasch, als Weber noch an der Wirtshausküche klopfte, daß jetzt die beste Gelegenheit für die Tat sei. Rausch 10 Schritte vom Gasthaus entfernt stürzte sich Lorenz auf Weber, warf ihn zu Boden und begann ihn zu würgen. Gleisinger rief dem Weberfallenden den Rufschuß von den Schultern und hielt ihn dann bei den Füßen fest. Paul Lorenz schlug dem auf dem Boden sich verzweifelnd wehrenden Weber mit einem Knüttel auf den Kopf. Als Weber dann noch röchelte, warf ihm Gleisinger einen Strich um den Hals und die Räuber zogen den schon fast Besessenen in ein Gebüsch, wobei Weber durch den Druck der Schurke erwürgt wurde. Am Gebüsch hängten sie Weber auf einen starken Ast einer Erle. Der Tote stürzte jedoch hinunter. Gle-

isinger machte hierauf eine neue Schlinge und der Tote wurde nochmals hinaufgehoben. Den Rufschuß und die Briefstöße des Ermordeten nahm Gleisinger zu sich und die Räuber gingen nun ruhig nach Hause. Die Leiche Webers wurde bereits am 18. März gefunden. Die Mörder wurden nach kurzer Zeit verhaftet und vor Gericht gestellt. Lorenz wurde, wie eingangs erwähnt, in Jwidan zu 15 Jahren Kerker verurteilt und dann, als er geistesgestört wurde, nach der Tscheschoslowakei abgeschoben.

Bei der heutigen Verhandlung erklärte Lorenz, daß er die Tat aus Rache begangen hatte und daß er damals nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Die Auslagen des Anwaltes wurden durch das Jugendprokoll Gleisinger und durch den Befund des Gerichtspsychiaters widerlegt. Gleisinger gibt zu, daß der Mordplan mit Verbedacht gefaßt wurde. Prof. Blau als Gerichtspsychiater erklärt, daß Lorenz vollkommen gesund sei und daß er bei der Tat nicht in Sinnesverwirrung gehandelt habe. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen auf Ja und ordnete auf niedrige und unehrenhafte Weise mit zwölf Stimmen „Ja“. Auch die beiden Zulassungsfragen wegen Sinnesverwirrung des Angeklagten verneinten sie. Max Lorenz wurde zu 15 Jahren schweren Kerkers, beschloß durch vierjährige Haft und Einzelhaft, verurteilt. In die Strafe wird ihm die Unterwerfungshaft und die bereits in Sachsen verbüßte Strafe eingerechnet. Gegen das Urteil bei der Verteidiger wegen zu hohen Strafmaßes Berufung eingelegt.

Vorträge.

Die Arbeiterbewegung in England.

Sonntag sprach der Wiener Universitätsprofessor Dr. Grünberg in der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in England. Der Vortragende zeigte in anschaulicher Weise, wie es gerade in England, dessen wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der kontinentalen um mehr als 50 Jahre voraus war, so daß es Marx und Engels bei Aufstellung der sozialen Entwicklungsgesetze als Ausgangspunkt dienen konnte, zu einer politischen Arbeiterbewegung in kontinentalen und speziell deutschen Sinne bis heute nicht gekommen ist. Denn selbst heute noch ist die aus den letzten Parlamentswahlen hervorgegangene Labour Party eigentlich keine Partei, sondern bloß ein Kartell sehr verschiedener Richtungen der englischen Arbeiterbewegung.

Die historischen Gründe hierfür liegen, wie der Vortragende ausführte, darin, daß zwar in England schon sehr früh (1832) eine politische, aber nicht sozialistische Arbeiterbewegung, der Chartismus, entstand. Dieser strebte die Eroberung der politischen Macht vor allem auf Grund eines gerechten Wahlrechts an, doch machte sich leider in ihm eine aufschichtliche Richtung geltend, die zwar infolge der Festigkeit der bürgerlichen Machtverhältnisse zur vollständigen Erfolglosigkeit verurteilt war, aber viele nutzlose Opfer kostete. So war es denn kein Wunder, daß unter der Arbeiterklasse die Verdrossenheit an der Politik allgemein wurde und sich alle Bestrebungen zur Besserung des Loses der Arbeiter in den unpolitischen Gewerkschaften konzentrierten. Die bourgeoisen englischen Parteien bekundeten ihren realpolitischen Sinn darin, daß sie sich häufig den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber entgegenkommend zeigten und sowohl die konservative wie auch die liberale Partei machten im Parlament, um die Stimmen der Arbeiter für sich zu gewinnen, öfters die sozialen Reformbestrebungen der Gewerkschaften zu den ihrigen.

In neuerer Zeit aber, als die Macht der Arbeiterklasse anwuchs und es zu entscheidenden, weitreichenden Vorkämpfen kam, verlor sich das Unternehmertum die Gewerkschaften dadurch ihrer Macht zu berauben, daß es sie für die durch Streiks verursachten Schäden haftbar machen wollte. Da auch die Justiz und das Parlament diesem Standpunkt geneigt zeigten, erkannten die Arbeiter, daß sie einer eigenen politischen Partei zur Vertretung ihrer Interessen und innerhalb des Parlaments bedürften. So kam es im Jahre 1900 zur Gründung der Labour Party (Arbeiter-Partei), die aus den verschiedensten, keineswegs vorwiegend sozialistischen Elementen zusammengesetzt war. Den Grundstock bildeten die (nicht sozialistischen) Gewerkschaften, weiter gehörten dazu die Fabrier, eine sozialistische Gruppe der Intelligenz, dann die Social Democratic Federation, die hauptsächlich die Vertretung des Großgrundbesitzes propagierte, und schließlich die kleine, aber tüchtige Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), die bereits ein edel sozialdemokratisches Parteiprogramm vertrat. Dieses Kartell von Arbeiterparteien lehnte sich im Parlament auch weiterhin noch an bürgerliche Elemente, vor allem an die Liberalen an. Die letzten Wahlen, in welchen die Labour Party 142 Mandate erhielt, wodurch sie an die zweite Stelle im Parlament und zur Führung der Opposition vorrückte, werden, wie Professor Grünberg zum Schluß betonte, die Labour Party zwingen, im Interesse der einheitlichen Aktion und Schlagkraft der Partei alle Sonderstandpunkte hintanzustellen und den Klassenkampfstandpunkt immer mehr in den Vordergrund zu rücken. So wird denn auch die englische Arbeiterbewegung in die Bahnen der kontinentalen Politik des Sozialismus notwendigereine münden. P.

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Heute Dienstag, den 23. d. findet der zweite Vortrag für Frauen und Mädchen im Saale des Frauenfortschrittvereines Prag II, Krafauerstraße 21, statt. Genossin Margarete Goldschmidt spricht über das Thema „Die Frau und der Sozialismus“. Beginn 8 Uhr abends.

Gründung einer Parteibuchhandlung in Bodenbach. Dieser Tage hat die politische Landesverwaltung in Prag das vom April vorigen Jahres datierte Ansuchen der Bodenbacher Genossen um die Konzession für eine Buchhandlung günstig entschieden. Durch die Erteilung dieser Konzession, welche die Berechtigung zum Betriebe einer Buchhandlung einschließlich des Antiquariats und den Handel mit Kunstgegenständen und Musikalien umfasst, ist die Voraussetzung für die Errichtung einer Parteibuchhandlung am Orte der Kreisvertretung Bodenbach gegeben. Hoffentlich gelingt es den Bodenbacher Genossen bald, die noch bestehenden Schwierigkeiten für die völlige Verwirklichung des Unternehmens zu überwinden.

Kunst und Wissen.

Der „Barbier von Bagdad“ vor Arbeitern. Das gewöhnliche Bild: ein überfülltes Haus — andächtige Feiertagsstimmung zeigte auch die vierte Arbeiterfeierstimmung am Sonntag, in der 2000 begeisterten Hörern der erlebte Genuss einer trefflichen Aufführung des „Barbier von Bagdad“ vermittelt wurde. Cornelius' seit je mit Unrecht so steifmützlich behandeltes Meisterwerk, mit allen seinen, von und schon besprochenen, Musikalität und Humor vereinenden Einfällen löste beim Arbeiterpublikum heute der besten, weil empfänglichsten Kunstgemeinde dieser Stadt, die härteste Resonanz aus. Geführt von einem sehr begabten, noch jugendlichen Dirigenten, Adolf Heller, der mit seinem ersten Kapellmeisterdebut auch seinen ersten großen Erfolg buchen durfte, legte vor allem die blendende Trias: Sterned—Maria Müller—Kubla. Mit seinen bravourösen Boh-Boh-Drollen rief der Barbier des Herrn Sterned wiederholt zu beifälligen Unterbrechungen hin. Fräulein Müller brillierte wie immer und bot als Morgiana einen Chrenschmuss; im Verein mit dem stimmlich und darstellerisch vollendeten Arradin des Herrn Kubla sang und spielte sie sich in die Herzen aller Zuhörer. Fräulein Gerth bot als schelmisch-lupulische Postona eine in jeder Hinsicht mustergültige Leistung. Schließlich sei noch der Herren Hagen und Bruch gedacht, die als Kalif, bzw. als Rabi ihr Bestes zum Gelingen des Theaterabends unseres tüchtigen Vereines deutscher Arbeiter beitrugen. o. r.

„Casanovas Sohn.“ Lustspiel von Rudolf Lothar. (Prag, Kleine Bühne.) Die Platanerie des nicht ganz neuen Konfliktes zwischen Vater und Sohn, der, wie gewöhnlich, eine Frau zum Mittelpunkt hat, liegt in der Kollision zwischen den „ehrbaren Absichten“ des Sprösslings und den kurzfristigen, nur auf einen gewissen Nomem gerichteten Tendenzen des erfahrenen Lebewaters. Papa erbarmt sich der jugendlichen Unerfahrenheit seines Sohnes und macht ihn zu seinem physiologischen Vertreter, ohne daß in der Dunkelheit die Betroffene den Betrug merkt. Für den Vater ergeben sich schließlich verschiedene schmerzliche, aber verpflichtende Unannehmlichkeiten, doch schließlich nimmt die Sache das erwartete Ende: Die Frau entscheidet sich für den Sohn. — Der alte Lebemann, der infolge der Ungeschicklichkeit seines aus der Art geschlagenen Sohnes Gefahr läuft, geheiratet zu werden (eine an sich amüsante Idee), kennt seinen Witz genau; seine selbstgefälligen Planchetten (Weiß, Liebe, Ehe) schaden nur der kräftigen Situationskomik, die den Erfolg des Stückes trägt. Daß sich Lothar nicht mit Andeutungen begnügte, wurde dem Publikum dankbar anerkannt. Von den Darstellern sei Herr Heim hervorgehoben, dessen Intelligenz der Gestalt des Vaters mehr geistige Ueberlegenheit verleiht, als der Autor selbst beabsichtigt hatte. K-a.

„Frasquita“, Cordy Milowitsch als Gast. (Prager Neues Theater.) Das letzte und, um es gleich zu sagen, unbedeutendste Lehrwerk war wohl mehr der Vorwand, die Debutantin Frau Cordy Milowitsch in einer Rolle auftreten zu lassen, die gleich erschöpfend ihr nicht bald eine andere Künstlerin nachspielen wird. Man sah endlich wieder eine Diva, die auch singen kann. Und nur singen? Ihre Frasquita revolutionierte unsere Logen und Parquetplatoformen, sie mobilisierte und konzentrierte alle Operngäuger und Feldstecher auf sich, denn ihre Sanges-, ihre Spiel- und ihre Tanzkunst — jede einzelne davon vollendet — trat in den Hintergrund als sich diese Frasquita in ihrer ureigensten Rolle als Weib in strahlender Schönheit zeigte, oder besser enthielt. Aber auch in ihrer Nebenrolle, angehen und behängen mit Luxuskleidern und Geschnitten war Frau Milowitsch lebenswert und weckte den Reiz der Vogenmännlichkeit und Weiblichkeit. In einem dem illustren Gaste halbwegs entsprechenden Rahmen vereinigte sich der songesfrudige Herr Zilling als schwärmerisch verliebter und wenig überzeugend entristeter Armand, der groteske Herr Gabel als Hippolyt, das temperamentvolle, nur leider stimmlose Fräulein Fern, ferner Herr Stadler und ein halbes Duzend ebenmäßig geborenen, aber höchst kopfender Naktängerinnen. Es war kein Lehr-, sondern ein Cordy Milowitsch-Abend, den die mit einem guten Feldstecher bewaffnete Herrenwelt voll und ganz anfechtete. o. r.

Gastspiel des russisch-deutschen Theaters „Der blaue Vogel.“ Morgen beginnt das russisch-deutsche Künstlertheater „Der blaue Vogel“ sein Gesamtgastspiel unter der künstlerischen Leitung des Direktors J. Tschui, des Oberregisseurs J. Duban-Torgoff und unter der musikalischen Leitung von W. Hübow. Das morgen, Mittwoch, 7 Uhr, Donnerstag und Freitag, 10 Uhr nachts, und Sonntag nachmittags halb 3 Uhr zur Aufführung gelangende erste Programm wird von insgesamt 25 Mitgliedern bestritten: 1. Holländische Fodene, 2. Abendglocken, 3. Bei den Ziganern, 4. Träumerei des Ratto, 5. Russisches Spielzeug, 6. Parade, 7. Strelotsche, 8. Russische Bauernlieder, 9. Alte Romanzen, 10. Time is money, 11. Die letzte Mohikanerin. Sonntag, den 27., 10 Uhr nachts das vollständig neue zweite Programm. Kartenverkauf täglich an der Tageskasse.

Neues Theater. Heute, Dienstag „Carmen“ mit Olga Korra in der Titelrolle; Donnerstag „Frasquita“; Freitag Gastspiel Grete Sedly „Zigeunerliebe“; Samstag das wirksame Werk-Drama „Schweiger“; Sonntag abends „Bajadere“ mit Grete Sedly als Gast. — Theaterbeginn. Mit Rücksicht auf die Nachvorstellung „Der blaue Vogel“ beginnen die Abendvorstellungen „Frasquita“ am Donnerstag und „Zigeunerliebe“ am Freitag ausnahmsweise bereits um dreieiertel 7 Uhr.

Kleine Bühne. Heute Gastspiel Peri Glöckner „Die Präsidentin“. Die Komödiennachheit „Casanovas Sohn“ von Rudolf Lothar wird morgen, Mittwoch, Samstag und Sonntag abends wiederholt. Donnerstag die amüsante Revolutionsproteste „Der Clown Gottes“; Freitag der neue interessante Tevels-Einakter „Rette“; Sonntag nachmittags „Menagerie“.

Bereinsnachrichten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am Dienstag, den 28. d. M. um 8 Uhr abends im kleinen Urania-Saal einen Diskussionsabend über das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Eintritt frei. 1391

Turnen und Sport.

Schweiz gegen Oesterreich 2:0 (1:0). Genf, 21. Jänner. (Schweiz. Dep. Ag.) Das Fußball-Länderwettbewerbsspiel Oesterreich-Schweiz, zu dem sich etwa 15.000 Zuschauer eingefunden hatten, endete mit 2:0 zugunsten der Schweiz.

Ein Flugzeug, das sich direkt vom Boden erhebt. Auf dem Flugplatz von Dayton in Amerika gelang es einem rumänischen Flieger, sich auf einen von ihm konstruierten Helicopter direkt senkrecht von der Erde aus zu erheben. Der Flieger wiederholte seinen Versuch dreimal und landete immer ohne jede Störung.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



MEINE MUTTI SAGT: bringe aber nur TEEMARKE TEEKANNEN

weil er voller Duft, Feinheit und Ergiebigkeit ist und ich denke, weil ich durch ihn so viele Seidenbilder für meine Handarbeiten zu dem Preisauschreiben erhalten

Bitte beachten Sie das Preisauschreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Fischergasse 6, 1002. empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksachen wie Tabellen Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitteilungsblätter, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in seltener und rascher Ausführung. Solzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.